

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. 53

März/April 2011



CeBus – Keine Lohnerhöhung in Sicht

Agrar: Wir machen die Kuh zur Sau



Neues aus Wietze



Tschüss »Ami« Hörstmann

25 Jahre Tschernobyl-Katastrophe

INHALT

Krisenfestigkeit (Resilienz) im Vergleich Zukunft? Vielleicht eher ohne uns!	3
Zur Tarifsituation bei CeBus Lohnerhöhung nicht in Sicht?	4
Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ Ohne Schnüffelei keine Kohle	6
Laternengespräche Face-to-Face statt Facebook	8
Mühsamer Abschied von der Rathausadresse „Ein Freund, ein guter Freund ...“	10
Neues aus Wietze	12
Hubert Weiger, BUND „Wir machen die Kuh zur Sau“	13
Sisyphus bei der Müllabfuhr Konsum, Konsum = Müll ohne Ende	15
Tschernobyl-Aktionstag Celle fährt zur Grohnde-Demonstration	17
Meldungen	18
Versammlungsrecht Sonnenschutz oder Vermummung?	20
Buchbesprechungen Neues zu Celle im Nationalsozialismus	21
Sammelrezension Neue Studien zu Bergen-Belsen	23
25 Jahre Tschernobyl „Kreis Celle gibt Entwarnung“	25
Veranstaltungen: Basedow & Degenhardt	29
Termine in Kino, Kultur & Politik	30

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 18. April

H
A
L
L
O



*Es ist gut leben im Celler Land.
Welt und Umwelt sind hier in Ordnung.*

CDU

Mit diesem Slogan warb die Celler CDU in den 1970er Jahren für sich und die Stadt. Ein grundkonservatives Lebensgefühl, das sich hierin spiegelt. Doch auch dieses hat seit langem Risse. RWLE Möller hat dies mit seinem Ölbild „Celler Welt“ (aus dem Jahr 1981) thematisiert. Er persifliert die erste bekannte bildliche Darstellung Celles aus dem Jahr 1662 – darauf ist Jesus zu sehen, der eine Weltkugel in der Hand hält, in der die Betrachter_innen Celles Schloss sehen können. Bei Hörstmann ist es das Karstadt-Gebäude – der Sündenfall der Celler Altstadtgesichte, jedenfalls für das konservative Milieu. Es beschreibt sein zentrales Problem: Eigentlich soll sich nichts verändern, weil doch alles gut ist.

Es gibt eine »Legende« zur ersten Präsentation von Möllers Hörstmann-Bild: Die Krawatte wurde als SS-Symbolik fehlinterpretiert. Der Oberbürgermeister soll sich darob zutiefst beleidigt gezeigt und für einige Tage krankgemeldet haben. – Dabei handelte es sich »nur« um jene Krawatte, die dem OB durch ein seinerzeit in Celle stationiertes britisches Fernmelderegiment überreicht worden war – und darauf als Teil der Regimentssymbolik die Zick-Zack-Linie. Gerade die Überinterpretation (der Legende) verweist darauf, dass sich Hörstmann seiner Geschichte im NS nicht stellen wollte – genauso wenig im übrigen wie sein Milieu.

So ist es vielleicht nicht ganz so erstaunlich, dass Beschäftigung mit Lokalpolitik in Celle eigentlich auch immer heißt: Beschäftigung mit »Geschichte«.

Bis denn – eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, c/o Buntes Haus, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Zukunft? Vielleicht eher ohne uns!

Noch sind es sechs Monate bis zur Kommunalwahl am 11. September – sicher dürfte sein, dass die Wahlbeteiligung ein weiteres Mal sinkt. Das Wahlangebot ist auch nicht gerade angetan, eine allzu große Nachfrage auszulösen. Es gibt keine (kommunalpolitischen) Antworten auf die Probleme der Gegenwart. Und es gibt – weitgehend – keine Ahnung von den Problemen der Zukunft: Wie sonst könnten Ostumgehung, Geflügelschlachthof & Erdölindustrie noch als Beispiele für die Standortqualität durchgehen?

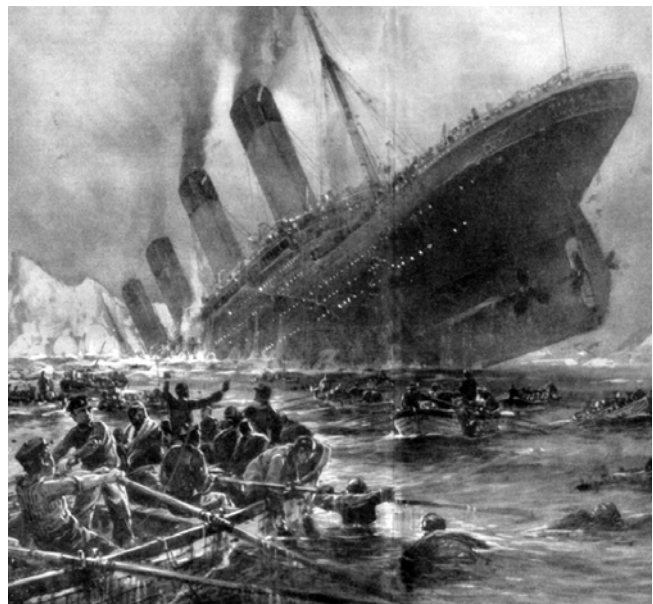
Von daher werden die meisten Kommunalpolitiker_innen nicht einmal richtig verstanden haben, warum das hannoversche »Eduard Pestel Institut für Systemforschung« der Region Celle die »Krisenfestigkeit« abspricht für den Fall, dass Banken kollabieren, Rohstoffe knapp werden oder der Klimawandel die Ernährungssicherheit gefährdet. Unter der Annahme, dass globale Krisen unmittelbar die Versorgung von Bevölkerung und Unternehmen bedrohen, sind in einer vergleichenden Studie für alle Landkreise und selbständigen Städte 18 Indikatoren bewertet worden. [<http://www.pestel-institut.de/images/1/Regionale-Krisenfestigkeit-Pestel-Institut.pdf>]

Das Pestel-Institut knüpft mit seiner Arbeit an die Berichte des »Club of Rome« zu den »Grenzen des Wachstums« an. Der »Overshoot«, d.h. der aus der Überlastung des Planeten entstehende Krisenzusammenhang sei nicht mehr abwendbar, weshalb schon jetzt der Übergang von einer Politik der Nachhaltigkeit zu einer Politik der Krisenfestigkeit (Resilienz) erforderlich sei. In der Einleitung der Studie ist dann zu lesen: *„[...] trotz ständig weiter voranschreitender Globalisierung – deren inzwischen erreichtes Ausmaß eine kurzfristige Versorgung der Bevölkerung aus den Regionen nahezu unmöglich macht – ist eine bewusste Auseinandersetzung mit Krisenszenarien seitens der Regionen bisher eher die Ausnahme. Hier wollen wir mit unserer Arbeit sensibilisieren. Wir erleben eine >Durchökonomisierung< aller Lebensbereiche und eine Fixierung auf wirtschaftliches Wachstum. Demgegenüber sind wir der festen Überzeugung, dass gerade in Krisenzeiten anderen Bereichen eine hohe Bedeutung für die Stabilität des Gemeinwesens zukommt.“* Mit 18 Indikatoren aus den Bereichen Soziales, Wohnen, Verkehr, Flächennutzung, Energie und Wirtschaft wird versucht, die Verletzlichkeit der Regionen bzw. ihre Handlungsfähigkeit durch Flexibilität, Ressourcen und Sozialkapital zu ermitteln.

Stadt und Landkreis Celle weisen danach gravierende Defizite im Bereich Soziales, Verkehr und Wohnen auf, während es bei Energie, Wirtschaft und Flächennutzung ganz gut aussieht. Bei den sozialen Indikatoren sind es die Quote der Hartz-IV-Empfänger_innen, die hohe

Zahl an Schulabgänger_innen ohne Abschluss und die Hausärzteversorgung, die die Region schlecht dastehen lassen. Beim »Wohnen« kehrt sich das Angenehme unter Ressourcengesichtspunkten ins Negative: Die Wohnfläche pro Einwohner ist zu groß. *„Niedrige Wohnflächen je Einwohner gehen [...] mit niedrigem Energieverbrauch [...] einher.“* Der ÖPNV ist in der Region katastrophal; und die Einschätzung bezüglich der Verkehrsfläche je Einwohner gibt den Gegner_innen der Ostumgehung recht: *„Zusätzliche Straßen schaffen in der Regel auch zusätzliche Nachfrage, d.h. eine Ausweitung des Individualverkehrs. Insofern korrespondiert eine geringe Verkehrsfläche pro Einwohner mit einem geringen Anteil des Individualverkehrs, was für Krisenzeiten positiv zu werten ist.“*

In Sachen »Energie« steht die Region bei Wind und Biogas sehr gut da, spielt in der Solarbundesliga jedoch nur im Mittelfeld. Während die Waldfläche je Einwohner positiv beurteilt wird, liegt der »Anteil Ökolandbau an der Landwirtschaftsfläche« im hinteren Drittel.



Nun dürfte es sich beim Pestel Institut nicht gerade um einen Hort des Antikapitalismus handeln, aber: Die aufgeworfenen Fragen und Forschungsansätze sind auch für gesellschaftsverändernde Projekte wichtiger denn je. Deshalb: Was die Studie leisten kann, ist – in der Tat – eine Sensibilisierung für Zukunftsprobleme.

Nichts davon wird vom Mainstream der Kommunalpolitik ernstgenommen. Im Gegenteil: Das »höher – schneller – weiter« wird nur durch die Schuldenkrise gestoppt. Die zunehmende Armut – sozial und »biologisch« – ist kein Thema; der Verweis auf die Zuständigkeit des Bundes oder des Landes ein Automatismus, wobei den Parteibuchhalter_innen nicht einmal auffällt, dass gerade dies sie nicht von Verantwortung befreit.

Lohnerhöhungen nicht in Sicht

Der öffentliche Personennahverkehr in Stadt und Landkreis Celle ist wenig attraktiv, und er wird zum 1. März weiter ausgedünnt: 124 Fahrten werden gestrichen, 97 weitere auf Anruffahrten umgestellt. Es ist ein Teufelskreis nach unten: Je weniger der ÖPNV tatsächlich alltagstauglich ist, desto mehr sind Menschen auf den privaten PKW angewiesen – und wer ein Auto vorhält, nutzt den ÖPNV eben nur noch in Ausnahmefällen. Noch katastrophaler stellt sich die Situation bei den Beschäftigten von CeBus dar. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – das gibt es nicht im Celler ÖPNV, und Lohnerhöhungen kennen die Beschäftigten nur vom Hörensagen. Wir haben zu dieser Situation mit MIRA BALL, Fachbereichssekretärin „Verkehr“ des ver.di-Bezirk Lüneburger Heide, ein Interview geführt.



??: Fast ein Jahr ist vergangen, seit die Kollegen von CeBus auf der DGB-Mai-Kundgebung auf ihre katastrophale Situation hingewiesen haben. Aus Sicht von ver.di ist das Nahverkehrskonzept des Landkreises Celle gescheitert, aus Sicht der Nutzer_innen hinsichtlich der Attraktivität des ÖPNV, aus Sicht der Busfahrer_innen hinsichtlich ihrer Löhne. Kannst Du uns nächst mal schildern, wie sich die Löhne in den vergangenen Jahren entwickelt haben und wie sich die aktuelle Tarifsituation darstellt?

!!: Die Löhne haben sich seit dem vergangenen Jahr nicht weiter entwickelt. Im Gegenteil: Als im Herbst die Entscheidung über die Vergabe des Stadtverkehrs Celle anstand, wurde ver.di und die betriebliche Tarifkommission vom Arbeitgeber auf eine mögliche Absenkung der Tariflöhne der Beschäftigten der Celler Straßenbahn (CSC) angesprochen. Sowohl ver.di als auch die Kolleginnen haben dies abgelehnt. Nun hat die CeBus den Zuschlag für den Stadtverkehr wieder bekommen, das Thema liegt zur Zeit auf Eis. Dass es jedoch wieder kommen wird, ist sicher. Denn für die Beschäftigten der CSC gilt ein Tarifvertrag aus der Zeit vor der Gründung der CeBus. Obwohl es seitdem keine Lohnerhöhung gab, liegen ihre Löhne noch immer bis zu 30 % über dem, was ein bei der CeBus Eingestellter verdient. Also: Der Stundenlohn der »Neuen« liegt bei rund 9 Euro, der der »Alten« rund 30 % darüber.

Bisher konnte das Lohnniveau bei der CSC gehalten werden, da die Stadt mit dem Verkauf der CSC eine Be-

zuschussung verbunden hatte. Nach unseren Informationen läuft diese aber Ende 2011 aus. Der Stadtverkehr Celle ist in unseren Augen nicht kostendeckend zu betreiben. Das bedeutet, dass das ausführende Verkehrsunternehmen entweder die Fahrpreise erhöhen muss oder Zuschüsse durch die öffentliche Hand braucht – wie dies im übrigen in ähnlich strukturierten Gegenden (mit einem großen ländlichen Einzugsgebiet zu einer mittelgroßen Stadt) in Deutschland üblich ist. In dieser Hinsicht wissen wir nicht, wie es weiter gehen soll. Dahingehend richtet sich auch unsere Kritik am Nahverkehrsplan, denn dieser enthält in unseren Augen leider kein schlüssiges Konzept für eine nachhaltige Finanzierung und Entwicklung des ÖPNV.

??: Wenn wir in der Redaktion über diese Situation diskutieren, ist uns immer klar, dass die tarifliche Spaltung der Belegschaft die Streikfähigkeit beeinträchtigt. Trotzdem – einige von uns können sich an Zeiten erinnern, wo die Busfahrer_innen die Speerspitze in den Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst darstellten, denn hier gilt ja im wörtlichen Sinne: „Wenn dein starker Arm es will, stehen alle Räder still.“ Warum ist der Arm so schwach? Konkret gefragt: Warum ist nicht ein Streik für die Anpassung und Verbesserung der Tarifverträge möglich?

!!: Mit der Gründung der CeBus ist der ÖPNV in Celle komplett privatisiert worden – die Anbindung an die öffentliche Hand besteht lediglich in Form von geringen Beteiligungen des Landkreises an Gesellschaftern der CeBus. Zugleich gelten bei der CeBus drei verschiedene Tarifniveaus, einerseits zwei Haustarifverträge, die den Beschäftigten – bisher – eine Besitzstandswahrung auf dem Niveau von 2001 sichern und andererseits die Bezahlung nach einem 1997 noch von der ÖTV abgeschlossenen Flächentarifvertrag mit dem Gesamtverband Verkehrsgewerbe Niedersachsen (TV GVN). Die vor CeBus-Gründung eingestellten Beschäftigten haben auch heute noch Arbeitsverträge mit den Gesellschaftern der CeBus, dies sind Lembke & Koschick, Kraftverkehr Celle Stadt und Land (KVC), die Celler Straßenbahn (CSC) und die Verkehrsbetriebe Bachstein. Ver.di hat die Arbeitgeber in den vergangenen Jahren mehrfach zu Verhandlungen für einen einheitlichen Tarifvertrag aufgefordert. Diese Verhandlungen scheiterten regelmäßig daran, dass man sich nicht vorstellen konnte, die Löhne in der Besitzstandswahrung festzuschreiben und die Löhne der Neueingestellten zu erhöhen. Vielmehr wurde uns entgegengehalten, man müsse die Löhne nach unten angleichen. Zugleich lehnen es die Arbeitgeber ab, sich gemeinsam mit uns an einen Tisch zu setzen, jeder Gesellschafter möchte allein verhandeln. Ein Streik wiederum hängt immer von den Kolleg_innen ab, die ihn führen müssen. Die seit 2001 eingestellten Beschäftigten stellen inzwischen die größte Gruppe im Unter-

nehmen, zugleich hat weit über ein Drittel von ihnen nur einen befristeten Arbeitsvertrag. In dieser Situation ist es bei der heutigen Arbeitsmarktsituation nicht einfach, gegen ganz reale Existenzängste Solidarität zu organisieren, der Druck ist für jeden Einzelnen unglaublich hoch. Allerdings will ich nicht ausschließen, dass die Geduld der Kolleg_innen bald vorbei ist. Denn allein bei einer jährlichen Preissteigerung von 2-3 % kommt auch der anspruchloseste Arbeitnehmer bei jahrelang eingefrorenem Lohn nicht mehr über die Runden.

?: Die Arbeitsbelastungen der Busfahrer_innen sind enorm. Was wird von Seiten der Kolleg_innen hier in erster Linie beklagt und welche Verbesserungen werden eingefordert?

!!: Tatsächlich ist das Hauptthema für die Kolleg_innen der Lohn. Allerdings gehört zu einem qualitativ hochwertigen Nahverkehr auch das Thema Arbeitszeit. An dieser Stelle birgt das Sparen an den Personalkosten zwei Gefahren: Einerseits besteht die Gefahr, dass ein Unternehmen am Personal spart und dadurch Überstunden, kurzfristige Verlegungen von Diensten bei unvorhersehbaren Ereignissen wie z.B. Krankmeldungen und Dienste mit zum Teil enorm langer Betriebsbindung die Folge sind. Gerade letzteres ist ein spezielles Problem im Nahverkehr, das dadurch entsteht, dass sich die Arbeit nicht über den ganzen Tag gleichmäßig verteilt, sondern immer mehr oder weniger lange Pausen entstehen, die ab einer gewissen Länge nicht mehr zur Arbeitszeit zählen. Dennoch lohnt es sich für die Beschäftigten bei diesen sog. geteilten Diensten häufig nicht, nach Hause zu fahren. Sie hocken dann auf dem Betriebshof oder irgendwo im Bus herum und können diese Zeit nur sehr bedingt zur Erholung nutzen.

Die zweite Gefahr besteht darin, dass die Beschäftigten darauf angewiesen sind, möglichst viele Überstunden zu leisten, um mit ihrem Lohn auszukommen. Diese Arbeitsbelastung bedeutet im Nahverkehr, wo die Menschen im Durchschnitt nur bis zum Alter von 58 Jahren gesundheitlich durchhalten, einen enormen Raubbau an der Gesundheit. Daneben ist zu bedenken, dass unsere Busfahrer_innen täglich eine riesige Verantwortung für das Leben hunderter Menschen übernehmen und von ihnen als Teilnehmer am Straßenverkehr jederzeit ihre volle Aufmerksamkeit gefordert ist.

?: Die politischen Gremien in Celle haben sich in den vergangenen Monaten mit dem Nahverkehrsplan auseinandergesetzt. Aus unserer Sicht standen dabei vor allem Fragen betriebswirtschaftlicher Effizienz im Zentrum – mit der Folge der Ausdünnung des ÖPNV. Die politischen Gremien nehmen weder ihre Aufgabenverantwortung hinreichend wahr, noch stellen sie sich der daraus erwachsenden Finanzverantwortung. Welche Vorstellungen hat ver.di im Hinblick auf eine Verbesserung der ÖPNV?

!!: Beim Thema Nahverkehr müssten der soziale und der umweltpolitische Aspekt an erster Stelle stehen. Leider kommen diese – nicht nur in Celle - viel zu kurz. Wir wünschen uns Verkehrskonzepte, die darauf ausge-



Protestaktionen am 21.10.2010 auf der Stechbahn

richtet sind, die umweltpolitischen Potentiale des Nahverkehrs zu heben und die Mobilität der Bürger_innen zu befördern. Beides ist in unseren Augen Aufgabe der politischen Gremien. Wir haben unsere Unterstützung dabei angeboten, bisher wurde diese jedoch nicht angenommen. Teil eines solchen Konzeptes muss ein sinnvoll durchdachter Ausbau des ÖPNVs sein. Dabei sollte es nicht darum gehen, dass überall ein Gelenkbus fahren muss, z.B. weil in der XY-Straße schon immer eine Haltestelle war, obwohl da heute eigentlich keiner mehr mitfährt. Aber es muss neben der Untersuchung, wo Linien nicht genutzt werden, auch untersucht werden, wo es neue Bedarfe geben könnte. Insbesondere im ländlichen Raum ist ja nicht alles, was die Menschen brauchen, mal eben um die Ecke. Im bundesweiten Vergleich steht Celle mit einem festen Takt tatsächlich (noch) ganz gut da. Dies kann jedoch keineswegs beruhigen, da wir ja schon gesehen haben, dass es beim Nahverkehrskonzept v.a. um Einsparungen geht. Tatsächlich unterscheidet sich der ÖPNV nicht von vielen anderen öffentlichen Dienstleistungen, die durch die öffentliche Hand bezuschusst werden müssten. Man versucht, dies wettbewerbsfähig zu regeln, und die Zeche zahlen die Beschäftigten und die Bürger_innen. An dieser Stelle müssten wir über die öffentlichen Haushalte sprechen und die haben ja bekanntlich kein Ausgaben- sondern ein Einnahmenproblem. Aber die Notwendigkeit einer gerechten und sinnvollen Steuerpolitik ist dann wohl schon ein weiteres Thema.

Vielfalt tut gut - ist aber erst einmal hoch verdächtig!!!!

Ohne Schnüffeln keine Kohle

Letztes Jahr bewarb sich Celle erfolgreich darum, in das Programm »Vielfalt tut gut« aufgenommen zu werden, das 2007 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ins Leben gerufen „zur nachhaltigen Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und zur Stärkung der bildungspolitischen und pädagogischen Arbeit in diesem Bereich“.

»Vielfalt tut gut« und ein weiteres Bundesprogramm gegen Rechts »kompetent. für Demokratie – Beratungszwerke gegen Rechtsextremismus« wurden Ende 2010 zusammengeführt; das Ganze heißt jetzt »Toleranz fördern - Kompetenz stärken«. Die Förderung wurde zusammengestrichen von bisher 43 Mio. EUR im Jahr 2007 und von 2008 bis 2010 38 Mio. auf jetzt 24 Mio. für das neue Programm.

Seit 2011 gibt es nun auch ein weiteres Programm namens »Demokratie stärken«, das sich zum Ziel setzt, „die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Phänomenen des Linksextremismus und des islamistischen Extremismus anzuregen“. Dafür sollen dann wohl die eingesparten Mittel verwendet werden.

Zum Start von »Vielfalt tut gut« in Celle war es Anfang diesen Jahres nach einigen Vorarbeiten (wie z.B. die Erstellung eines Lokalen Aktionsplanes, Einrichtung einer Koordinierungsstelle, Einrichtung eines Begleitausschusses) soweit, dass Vereine und andere Organisationen aufgerufen wurden, Projektanträge einzureichen. 33 Anträge wurden eingereicht, 100.000 EUR sind zu vergeben, wovon allerdings rund 30.000 EUR für die Koordinierungsstelle und für Öffentlichkeitsarbeit schon von vorneherein verplant sind.

Aber: Alles hat seinen Preis! Bedingung für Förderung von Projekten gegen Rechts und/oder für Integration (das ist hier in Celle ein Schwerpunkt des lokalen Aktionsplans) ist die Unterzeichnung der sogenannten Demokratieerklärung mit folgendem Text:

„Hiermit bestätigen wir, dass wir uns zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten. Als Träger der geförderten Maßnahmen haben wir zudem im Rahmen unserer Möglichkeiten und auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten. Uns ist bewusst, dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass eine Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen Vorschub geleistet wird.“

Konkret heißt das, dass Projektträger ihren Part-



ner_innen, Referent_innen etc. hinterher schnüffeln sollen. Dazu sollen sie in Verfassungsschutzberichten nachschlagen und „darüber hinaus können z.B. Referenzen, Kontakte zu anderen Trägern, Medienberichte oder entsprechende Literatur für die Prüfung der Partner in Betracht kommen.“

In dem „Beipackzettel“ (Hinweise zur Erklärung für Demokratie in den Programmen „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ und „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“) steht:

„Dürfen Zuwendungsempfänger mit der Partei DIE LINKE. zusammenarbeiten?“

Eine Zusammenarbeit mit der Partei „DIE LINKE“ ist nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Allerdings ist bei der Zusammenarbeit mit Vertreter/innen der Partei "DIE LINKE." zu berücksichtigen, dass diese Partei sehr heterogen agiert. Es gibt auch offen extremistische Zusammenschlüsse in der Partei „DIE LINKE.“, wie die „Kommunistische Plattform“ (KPF) oder die „Sozialistische Linke“ (SL). Mit diesen Strukturen ist eine Zusammenarbeit ausgeschlossen.“

Dieses »Schnüffeln gegen Geld« (denn sonst gibt es keine Förderung) und Schüren von Misstrauen hat zu einer großen Protestwelle geführt. Parteien (SPD, GRÜNE, Die Linke), die Zentralräte der Juden und Muslime, Gewerkschaften, die Initiative gegen Rechts-

extremismus der ev. Kirche, Expert_innen und Wissenschaftler_innen, Fachjournalist_innen und viele Personen und Organisationen, die sich seit Jahren gegen Rechts engagieren, wehren sich gegen diese Praxis. Der 1. Februar wurde von einigen Gruppen zum Aktionstag gegen die »Bespitzelungsklausel« erklärt, Familienministerin Schröder und Kanzlerin Merkel bekamen Protestmails. Der Bundestag beschäftigte sich mit dem Thema, Erklärungen und Pressemitteilungen wurden verschickt.

Im November waren es laut TAZ bereits an die hundert Personen und Initiativen, die angekündigt haben, die verlangte Anti-Extremismus-Erklärung zu verweigern. In ihrem »Aufruf gegen Generalverdacht und Bekenntniszwang« fordern die Unterzeichner_innen auch andere Projekte und Initiativen auf, die »Bekenntniszumutung prinzipiell abzulehnen.«

Es gibt im übrigen auch verfassungsrechtliche Bedenken. Das Land Berlin hat beim Bund Widerspruch gegen die Kopplung der Demokratieerklärung an die Förderung der Träger eingelegt. In seiner Begründung be ruft sich das Land auf ein Gutachten des Verwaltungsrechtlers Prof. Dr. Ulrich Battis, nach dem Teile der Erklärung »verfassungsrechtlich bedenklich« sind und gegen den Artikel 3 des Grundgesetzes verstoßen würden. Des Weiteren drohte der Generalsekretär des Zentralrats der Juden, Stephan Kramer, mit einem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht: *"Wenn Frau Schröder die Klausel nicht zurücknimmt, dann gibt es die Klage."*

Und wem haben die Projektträger das zu verdanken?

Kristina Schröder, "unsere" Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und selbsternannte Expertin für alles Extreme, aber besonders für Links- und Islamextremismus.

Wenn sie uns schon zum Schnüffeln zwingt, dann wollen wir das doch mal exemplarisch an ihr durchführen, um zu klären, ob wir mit ihr kooperieren dürften, mal ganz abgesehen davon, dass wir das nicht wollen!

So fanden wir einen Artikel (und in »Medienberichten und entsprechender Literatur« sollen wir ja recherchieren) über sie mit folgenden Aussagen. *„Schon im hessischen Landtagswahlkampf 2008, als Jugendgewalt von der CDU zum Wahlkampfthema hochgespielt wurde, erweckte Schröder mit abenteuerlichen Aussagen Aufmerksamkeit. Sie interpretierte eine Zunahme einer »Deutschfeindlichkeit« bei Migrant_innen in eine Studie des Kriminologen Christian Pfeiffer. In der ARD kommentierte Pfeiffer dies „als Missbrauch unserer Thesen, unserer wissenschaftlichen Befunde. Hier wird etwas einseitig interpretiert zu politischen Zwecken und dagegen möchten wir uns dann doch verwahren. Es gibt keine aktuelle wissenschaftliche Untersuchung, die belegen würde, dass die Deutschfeindlichkeit zunimmt.“ Im Mai 2009 beschwerte sich ein Autor der Wochenzeitung »Junge Freiheit« in dieser, Kristina Schröder solle doch auch einmal die Quellen für Ihre Bundestagsreden angeben – seine Artikel.“*



(<http://mainz.akprotest.de/2010/04/gegen-jeden-extremismusbegriff/>)

Ihre Nähe zur »Jungen Freiheit« fanden wir dann auch noch in einem weiteren Artikel bestätigt:

„Auch Kristina Köhler (Schröders Mädchenname, Anm. revista) muss in ihrem Kampf gegen Links immer nervös in die eigenen Reihen bzw. auf die eigene Website schauen. Da verschwanden auf ihrer Homepage plötzlich aus dem Pressespiegel im letzten Jahr einige Links. Zwei führten zur »Jungen Freiheit« und der andere zu der Seite »PI News«. Auf beiden extrem rechten Seiten wurde, wie eigentlich immer, positiv über Frau Köhler berichtet und auf »PI-News« kann man außerdem auch noch etwas bestellen: Tassen und T-Shirts, auf denen zu lesen ist: »islamophobic and proud about it« – ganz so wie man es sich von einer »Expertin für Integration« wünscht.“ (»Garten voller Böcke« aus dem Rundbrief Nr. 15 (2009) des Bildungswerks Anna Seghers)

Die Junge Freiheit gilt als intellektuelles Sprachrohr der Neuen Rechten und besetzt die Grauzone zwischen Konservatismus und Rechtsradikalismus - und beeinflusst auf ihre diffuse Weise sogar indirekt das politische Geschehen. Auch in der sog. bürgerliche Presse wird sie mindestens als »rechts-konservativ« beschrieben. Der Landesverfassungsschutzbericht NRW erwähnte die JF erstmals 1994, da *„tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen“* existierten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz zog in seinem Bericht für 1995 nach. Erst aufgrund einer Entscheidung des BVG wird die JF seit 2005 nicht mehr in den VS-Berichten gelistet, nicht weil es eine Richtungsänderung bei ihr gab, sondern weil das BVG im Interesse der Pressefreiheit höhere Hürden vor einer Veröffentlichung in den Berichten errichtete. »Bloße Kritik an Verfassungswerten« reiche dazu nicht aus.

Tja, Frau Schröder –Mit Ihnen kann man sich ja wirklich nicht sehen lassen!

Wie sich die Celler Verbände, Vereine und Initiativen verhalten werden, ist noch unbekannt.

Mehr zum Celler Programm »Toleranz fördern - Kompetenz stärken« findet sich unter:
<http://www.vielfalt-in-celle.de/index.html>

Face-to-Face statt Facebook



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf links-(radikale) Laternen stehen fröstelnd beieinander und beginnen ein Gespräch.

Der lange Lulatsch: Streik – Streik – Streik!!!

Oma Lilo: Immerhin haben sie es nach vier Tagen bemerkt, dass wir schweigen. Sie vermuten einen technischen Defekt. Wir müssen endlich eine Streikerklärung verfassen.

Der lange Lulatsch: Ja. Raus damit an die Welt!

Die Dicke: Also gut, nur: Wer wird es veröffentlichen? Die Cellesche? Die halten es doch für einen »Fake«.

Der lange Lulatsch: Aber die »revista«, die bringen es.

Der Besserwisser: Da haben wir ja eine enooorme Wirkung.

Der lange Lulatsch: Besser als nichts, die soll ja sogar supermen.de gelegentlich lesen.

Die Dicke: Also los. Vorschlag: „Wir – die fünf Laternen – erklären, dass wir aus Protest gegen die unsägliche, in Teilen antisemitische Berichterstattung des Internetportals „CelleHeute“ in Sachen »Helmuth Hörstmann« in einen befristeten ...

Der lange Lulatsch: Warum befristet? Wir müssen eine Forderung aufstellen.

Die Dicke: Ich denke, es ist besser, mal kurz dicke Backen zu machen, bevor sie uns mit ihrem Elektrogefummel einen Stromschlag nach dem anderen versetzen.

Klein Jonas: Bloß keine Stromschläge, oder?

Die Dicke: Also: „... einen befristeten Schweigestreik eintreten. Wir fordern die politischen Organisationen, die Kirche und die zivilgesellschaftlichen Kräfte dieser Stadt auf, das rechtspopulistische Internetportal »CelleHeute« zu boykottieren und alle Anstrengungen zu unternehmen, damit geschichtsrevisionistische Tendenzen nicht stillschweigend hingenommen, sondern zurückgewiesen und kritisiert werden.“

Oma Lilo: Und noch einen Satz zu »Meister Fehlhaber«. Vielleicht so: „Wir fühlen uns zu dieser Erklärung berufen, weil wir von Beginn an genötigt werden, auch Texte von Peter Fehlhaber »vorzutragen«, deren romantisierende Sicht auf die feudale Geschichte der Stadt wir nicht teilen. Jetzt aber hat er eine Grenze überschritten.“

Der lange Lulatsch: Ich finde das okay. Und ihr? Gegenstimmen? – Keine – also angenommen.

Der Besserwisser: Ich habe ja durch unseren Schweigestreik endlich mal die Ruhe, Christian Riechers Texte »Die Niederlage in der Niederlage« zu lesen. Aber was meint ihr eigentlich, was es bringt: Die SPD wirbt auf »Meister Fehlhabers« Seiten, auch das »Rio's« sponsort ihn durch Werbung. Und der »Cellebation-Typ« darf dort das Bunte Haus als »Antimenschen« dissen. Die bekommen doch alle ein Hoch-

gefühl, wenn sie dort ihre Pressemitteilungen »unkommentiert & ungekürzt« wiederfinden. Das ist ihnen wichtig, dieses: Whow, ich bin in »der« Öffentlichkeit.

Der lange Lulatsch: Klar. Da hast du Recht, trotzdem: Nichts gegen Dawn & Olli, Wenn es ein Gen für die »Aneignung des Sozialen« gäbe, würde ich bei ihnen suchen. Aber du hast Recht. Wenn die CZ bestimmte Meinungen verkürzt oder unter den Tisch fallen lässt, sind die Akteure froh, ihre Texte wenigstens irgendwo zu finden.

Oma Lilo: Immerhin hat die »alte Tante« CZ sich in der Hörstmann-Debatte seriös auf die Seite der Vernunft geschlagen, oder?

Die Dicke: Ja. Scheinbar hat die Phase des Infotainment, oder sagen wir besser: »Boulevard« ein Ende gefunden.

Der Besserwisser: In der Tat, jetzt versuchen sie ihre Auflage anders zu halten; aber doch ähnlich wie »Meister Fehlhaber«. Ihre neue Lösung ist doch auch der Leser_innen-Fang über die Ebene des »Ich war dabei«; deshalb die Berichterstattung über wirklich jede »Massenveranstaltung«, sei es Comedy, Partys oder Grünkohlessen. Die Jahreszeit der Schützenfeste reicht nicht mehr – denn scheinbar bilden jene, die die Zeitung wegen der Todesanzeigen von hinten lesen, keinen stabilen Abonnentenstamm mehr.

Oma Lilo: Die bürgerliche Öffentlichkeit ist halt ein Elend. Wie schon Negt/Kluge schrieben: Sie grenzt substantielle Lebensinteressen aus, z.B. den gesamten industriellen Apparat des Betriebes, beansprucht aber gleichwohl, das Ganze zu repräsentieren.

Der lange Lulatsch: Und sie haben geschrieben, dass nur auf Basis wirklicher Massenerfahrungen eine proletarische Öffentlichkeit entstehen könne, die die hin- und hereilende Bewegung bürgerlicher Scheinöffentlichkeit zum Halten bringen kann.

Oma Lilo: Und bis dahin ...

Der lange Lulatsch: ... gibt's halt nur sowas wie »revista« - Maulwurfspresse halt.

Der Besserwisser: Na, überregional gibt's ja doch noch die eine oder andere: das Magazin »Hintergrund« zum Beispiel, jetzt sogar am Bahnhofskiosk; »Lunapark 21«, die »Junge Welt« - auf den »Gegenstandspunkt« muss ICH euch ja nicht aufmerksam machen.

Die Dicke: Und was ist mit dem Gerede von der »Facebook-Revolution«?

Der Besserwisser: Ein bürgerlicher Quatsch. Die Isolation lässt sich nicht aufheben über's Internet, sondern nur »face-to-face«. Wer genau hinschaut, wird feststellen, dass sich die zentralen Akteure in den arabischen Ländern sehr genau kennen. Womit ich nichts dagegen sage, dass neue Kommunikationswege neue Mobilisierungsmöglichkeiten eröffnen können.

Oma Lilo: Und wie geht's weiter mit »Meister Fehlhaber«?

Die Dicke: Er wird unser lokaler »zu Guttenplag« werden, oder? Gemeinsame Kandidatur mit Haacks und Hörstmanns »Unabhängigen«. Dann kann er ja für die ein Internetportal betreiben und seine Bürgertugenden auf andere Weise ausagieren.

Der lange Lulatsch: Topp, die Wette gilt. Und was ist mit »revista«? Bringen die unsere Pressemitteilung?

Klein Jonas: Bestimmt.



Ein Freund, ein guter Freund ...

Eine geheime »Kampf«-Abstimmung war am Ende erforderlich, um Celle von einer Rathausadresse zu „befreien“, die einen ehemaligen SS-Obersturmführer ehrte. Das Abstimmungsergebnis war mehr als knapp: Nur 23 von 41 stimmberechtigten Ratsmitgliedern wollten sich vom Helmuth-Hörstmann-Weg verabschieden. Immerhin 17 (bei einer Enthaltung) sahen weder einen entscheidenden Makel in der SS-Uniform, mit der sich Celles späterer Oberbürgermeister schon im Jahr 1933 schmücken wollte, noch in den Legendenbildungen, mit denen er bis in die 1980er Jahre seine Verantwortung und die seines Milieus für die Tragfähigkeit des NS-Regimes zu beschönigen suchte. Die Rathausadresse lautet künftig »Am Französischen Garten«.

Die Diskussion im Vorfeld wurde von Seiten der Gegner einer Umbenennung mit einer Schärfe geführt, die – wie OB Mende meinte – den „Frieden der Stadtgesellschaft“ gefährde. Wer die Ratssitzung besucht hat, kann dem zustimmen. Die Mehrheit der Besucher_innen war erschienen, um den Ratsmitgliedern Wulf Haack und Udo Hörstmann den Rücken zu stärken. Diese hatten seit Wochen im Verbund mit dem Internetportal-Betreiber Peter Fehlhaber keinen Versuch ungenutzt gelassen, das Gutachten von Bernhard Strebel wie auch die Empfehlung der Bewertungskommission zu diskreditieren. Dass dabei am Ende selbst das antisemitische Ressentiment bemüht wurde, zeigt die Hybris dieser Akteure.

„Straßennamen-Streit“ – Turbulenzen vor dem Tag der Entscheidung“ titelte mit der Autorenangabe »extern« das Internetportal »CelleHeute«, um über das Mitglied der Bewertungskommission, Michael Fürst, zu behaupten: „Über Dr. Helmuth Hörstmann urteilte die Kommission, dass ihm zwar kein Verbrechen nachzuweisen sei, er aber nicht als Vorbild dienen könne. Die gleiche Frage, wenn auch mit einem anderen Hintergrund, muss sich nun das Kommissionsmitglied von Kritikern gefallen lassen.“ Fürst, Vorsitzender des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen, habe sich am Immobilienmarkt verspekuliert und Privatinsolvenz anmelden müssen. Das alles verknüpft mit dem Hinweis auf Fürsts Beruf als Rechtsanwalt. Bemüht wird hier das antisemitische Stereotyp vom mächtigen, reichen und rachsüchtigen Juden. Die Meldung war dann noch versehen mit der Dreistigkeit, »CelleHeute« habe Fürst um eine Stellungnahme gebeten.

Ähnlich niveaulos verlief der von Haack und Hörstmann angezettelte »Historikerstreit«. Als sie den Rechtsanwalt Peter Weise mit einem „Gegengutachten“ ins Feld schickten, war die Grenze der Peinlichkeit auf geschichtswissenschaftlicher Ebene erreicht. Der Burschenschaftsbruder des alten Oberbürgermeisters (und

mit ihm Ausrichter des Deutschen Burschentages in Celle 1986) hatte Hörstmanns Legende, im Dezember 1938 zwei Celler Juden in Berlin nach ihrer Entlassung aus dem KZ Oranienburg geholfen zu haben, noch um einen Zusatz erweitert: Der SS-Offizier Hörstmann habe ihnen den Judenstern, den es zum angegebenen Zeitpunkt nicht gab (bzw. »nur« auf Häftlingskleidung), entfernt. Dass er für diese Darstellung bis heute keinerlei Beleg vorgelegt hat oder vorlegen kann, muss nicht überraschen. Mit Wissenschaft hatte das Ganze von vornherein nichts zu tun. Um so erstaunlicher ist, dass sich der „Groß“-Historiker Hans Mommsen von Haack aufs Glatteis führen ließ. Um eine Stellungnahme gebeten, bekamen sie von ihm zwar nicht den erhofften Verriß des Strebel-Gutachtens – im Gegenteil: Dieses bewertet Mommsen als „sehr eingehende und quellengesättigte Untersuchung“. In einem aber irrt der Professor, wenn er „gutachtlich“ auf einer einzigen Seite und ohne jede Quelle verkündet, es seien „in der Sache [...] keine relevanten Sachverhalte seit dem Beschluss des Rats der Stadt Celle am 25.3.1999 geltend gemacht worden.“ Nun ist in der Tat Hörstmanns Rolle beim Stahlhelm-Treffen weder neu noch allein ein Fakt, der eine Umbenennung gerechtfertigt hätte. Nur: Weder waren 1999



Helmuth Hörstmann (links) beim Deutschen Burschentag in Celle im Mai 1986.

die NSDAP- und SS-Mitgliedschaft bekannt noch die fragwürdigen Bemühungen, von ehemaligen Celler Juden reingewaschen zu werden. Wenn das keine neuen Gesichtspunkte sind, dann bleibt als Wertmaßstab tatsächlich nur das Strafgesetzbuch.

Darauf immerhin wollten sich einige Ratsmitglieder aus dem bürgerlichen Lager nicht einlassen. Die Fraktionsvorsitzenden Gevers (CDU), Falkenhagen (FDP) und Schoeps (WG) bekannten sich zu einer NS-kritischen Erinnerungskultur, ohne die Zerrissenheit ihrer Fraktionen bzw. ihre Minderheitenposition unter den Tisch zu kehren. Am eindringlichsten war dabei der Redebeitrag von Heiko Gevers, der seine Überlegungen auf die Fragen zuspitzte: „*Was sagen wir unseren Kindern, was sagen wir Anita Lasker Wallfisch, was sagen wir Kurt W. Roberg, was sagen wir unseren ausländischen Mitbürgern, und unseren internationalen Geschäftspartnern, was sagen wir allen, die sich heute und morgen ein Bild von der Stadt Celle machen wollen?*“ (Die Reden des Oberbür-

germeisters und aller Fraktionsvorsitzender finden sich auf dem webportal der Stadt Celle.)

Während die Rechtspopulisten also einen regelrechten Kulturkampf vom Zaun zu brechen versuchten, verhielten sich die Mitte-Links-Milieus Celles eher defensiv, und die Cellesche Zeitung hielt - offensichtlich ganz bewusst - den Ball flach. Im Nachhinein muss dieser Versuch, den „Stadtfrieden“ zu wahren, als gescheitert angesehen werden. Es wäre erforderlich gewesen, dass Verwaltungsspitze und Politik - aber auch Zivilgesellschaft - dem perfiden Spiel von Hörstmann und Haack deutlicher widersprechen, anstatt aus Mitgefühl mit dem Sohn den geschichtsklitternden Populisten das Feld zu überlassen. Die Stadt sollte sich bewusst werden darüber, dass sie in einem solchen Klima in naher Zukunft keine Historiker_innen mehr finden wird, die es sich antun wollen, auf einem derartig verminten Terrain zu forschen.

Heinichen: »übereifriger Opportunist« oder »nicht angebidert«

Nebenbei entwickelt sich auch in Sachen „Wilhelm Heinichen“ eine merkwürdige Art der Auseinandersetzung. Der NS-Landrat und spätere Oberbürgermeister stand in der Umbenennungsdebatte zwar gar nicht mehr zur Diskussion, aber die Kinder Heinichens bemühen sich seit Jahren um seine „Ehrenrettung“. Dafür hat man jetzt noch Bernhard Gotto vom Münchener Institut für Zeitgeschichte (IfZ) mit einer Stellungnahme beauftragt. Dabei geht es vor allem um unterschiedliche Bewertungen des landrätlichen Handelns von Heinichen. Während Strebel dessen Verhalten im Jahr 1933 (Eintritt in die NSDAP und SS-Fördermitgliedschaft) als „*übereifrigen Opportunismus*“ charakterisiert, will Gotto genau dies - für die gesamte Zeit der NS-Herrschaft - nicht gelten lassen: Heinichen habe „*sich dem NS-Regime nicht angebidert, sondern unauffällig sein Amt versehen*“. Für eine solche Sicht muss man aber schon mal fünf gerade sein lassen; Beispiel:

„*Weiterhin referiert er [Strebel] den Bericht Heinichens über die Vorgänge in seinem Landkreis in den Tagen nach der reichsweiten Pogromnacht vom 9. November 1938. Darin gab Heinichen an, dass er einmal versucht habe, zwei der drei im Landkreis Celle lebenden Juden „nach Buchwalde abzuschieben“ und diesen Versuch erneuern werde, „da sie sonst unter den jetzigen Umständen der Gemeinde zur Last fallen werden“. [...] Was Heinichen mit „Buchwalde“ meinte, ist unklar. Zu diesem Zeitpunkt gab es im Deutschen Reich drei Orte dieses Namens: im brandenburgischen Kreis Senftenberg, im Kreis Bütow in Pommern sowie im Kreis Bautzen in Sachsen. Reinhard Rohde geht davon aus, dass Heinichen das Konzentrationslager Buchenwald meinte, ohne dies mit einem triftigen Argument zu stützen. Strebel schließt sich dieser Meinung implizit an (S. 58). Als Landrat hatte er nicht die Befugnis, Personen in ein Konzentrationslager einzuweisen; darauf hat Dr. Volker Dahm in seiner Bewertung des Berichts bereits hingewiesen. Außerdem bedeutete 1938, drei Jahre vor der Entscheidung zum Mord an den europäischen Juden, die Überstellung in ein Konzentrationslager nicht das Todesurteil. In den Akten finden sich keine Belege für Heinichens Versuche, die Juden abzuschieben, weder vor November 1938 noch danach. Zwei der drei Juden kamen 1939 tatsächlich in ein*

Konzentrationslager, allerdings nicht nach Buchenwald, sondern nach Dachau. Die Möglichkeit einer Mitschuld daran, die Strebel als „ungeklärt“ (S. 58) offen lässt, ist hochspekulativ.“

Warum sollte Heinichen zwei Juden aus Oldau in ein kleines Dorf nach Brandenburg, Pommern oder Sachsen abschieben wollen? Das ist hanebüchener Quatsch. Es braucht kein „*triftiges Argument*“, um zu wissen, dass Heinichen das Konzentrationslager Buchenwald gemeint hat. Und ja - die „*Überstellung*“ bedeutete nicht automatisch ein Todesurteil. Was ist jetzt zynischer, diese Bemerkung - oder der Hinweis darauf, was Gotto nicht mehr erwähnt: dass nämlich David Klatschko und Jacob Gerschecz schon am 27. September 1939 an den Ort kamen, den Heinichen nach Auffassung Gottos nicht gemeint haben muss, und Gerschecz dort - im KZ Buchenwald - am 3. August 1940 verstarb, einen Monat vor seinem 50. Geburtstag und immerhin noch anderthalb Jahre vor der Entscheidung zum Mord an den europäischen Juden. David Klatschko wurde am 30. Mai 1941 an einen der Gedenkstätte Buchenwald unbekanntem Ort deportiert.

Auf einen weiteren unangenehmen Zusammenhang sei an dieser Stelle hingewiesen: Der dilettierende Bericht Weises zwang die Stadt durch den öffentlich aufgebauten Druck dazu, Bernhard Strebel mit einer Gegenstellungnahme zu beauftragen - mit geringem wissenschaftlichen Mehrwert. - Und wenn jetzt eine Familie wie die Heinichens Einfluss genug hat bzw. über Beziehungen verfügt, vom IfZ ein Gutachten zur Amtsführung des umstrittenen Landrats zu bekommen, verlässt die Angelegenheit (mit dieser Gefälligkeit seitens des IfZ) den Boden der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Ausgetragen wird letztlich eine Art Zivilprozess, in dem die Öffentlichkeit den Richter_innenstuhl besetzen soll.

Bernhard Gotto: Gutachten zur Amtsführung von Wilhelm Heinichen als Landrat des Kreises Celle während der NS-Zeit; siehe:

<http://celleheute.de/wordpress/wp-content/uploads/2011/02/Gutachten-Heinichen-IFZ.pdf>

Wietze: Zu wenig Mäster - AbL warnt Landwirte

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) sieht nach wie vor nicht, wie der Rothkötter-Konzern für seinen Mega-Schlachthof in Wietze die dafür angestrebten 400 Vertragsmäster finden will. Nach Einschätzung der AbL sind nicht einmal die 100 Betriebe für die erste Produktionsstufe auch nur annähernd erreicht. Das Magazin »Frontal 21« enthüllte am 1. Februar (»Masse statt Klasse«), zu welchen Mittel der Konzern mittlerweile greift: *„Wir treffen einen Landwirt in der Nähe von Wietze. Er besitzt Flächen, die aufgrund des neuen Baugesetzes mit einem riesigen Maststall bebaut werden könnten. Prompt bekam er Besuch von der Agrarindustrie.“*

O-Ton Landwirt (Wortprotokoll:) Zwei Leute kamen auf meinen Hof und boten mir an, als Strohmännchen für sie eine Hähnchenmastanlage für 400.000 Tiere zu bauen, da ich aufgrund meiner Flächen zum privilegierten Bauen berechtigt war. Im Gegenzug wurden mir mehrere tausend Euro monatlich angeboten, ohne mich mit Arbeit und Kapital an der Anlage beteiligen zu müssen. Der Landwirt lehnte ab.

Der Rothkötter-Konzern musste zwischenzeitlich einräumen, dass sich die beabsichtigte Fertigstellung des Schlachthofs vom Frühjahr 2011 um etwa ein halbes Jahr verzögere. *„Es ist nicht ausgeschlossen“,* so AbL-Sprecher Niemann, *„dass Rothkötter selber zum Opfer des von ihm selbst losgetretenen Verdrängungswettbewerbs unter den 5 deutschen Geflügelkonzernen wird.“* Klar sei, dass infolge der von Rothkötter forcierten Überproduktion und des absehbaren Markt-Zusammenbruchs über kurz oder lang ein oder zwei deutsche Geflügel-Schlachtkonzerne aus dem Markt ausscheiden würden. Die AbL warnte erneut alle Landwirte davor, sich in die Abhängigkeit dieser ruinösen Vertragsmast zu begeben.

BI im Landtag

Die BI-Wietze hat sich im Rahmen einer Fragestunde im Niedersächsischen Landtag am 18. Februar über die aktuelle Situation um den Geflügelschlachthof in Wietze informiert. Es war erfreulich, dass die überwiegende Zahl der Parlamentarier die hohe Subventionszahlung an den Investor Rothkötter kritisierten. Bestürzt waren die BI-Mitglieder allerdings über Wirtschaftsminister Bode und Landwirtschaftsminister Lindemann, die die Fragen in der mündlichen Anhörung zum Schlachthof entweder gar nicht oder nur unzureichend beantworten wollten. Immerhin: Der Investor Rothkötter ist zur Rückführung der Subventionen im Rahmen des Investitionsprogramms »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« (GRW) gezwungen, wenn er die geforderten Auflagen nicht erfüllt. Dies gilt insbesondere für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Anzeige gegen Landkreis Vechta

Die Bürgerinitiative Wietze hat bei der Staatsanwaltschaft in Cloppenburg Anzeige gegen den Landkreis Vechta erstattet, gerichtet gegen die Person, die den Bau eines Maststalles für Ferkel genehmigt hat. In diesem Maststall sind bei einem Brand im Januar 550 Ferkel qualvoll verendet. Die BI sieht hier erneut ein Vorkommnis, in dem der zuständige Landkreis nicht in ausreichender Weise den § 20 Absatz 1 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) umgesetzt hat. Danach müssen bauliche Anlagen so beschaffen sein, dass bei einem Brand die Rettung von Menschen und Tieren möglich sind.

Kreisverwaltung wimmelt ab

Die SPD-Kreistagsfraktion hatte im November die Kreisverwaltung aufgefordert, Tiermastanlagen nur dann zu genehmigen, „wenn die Einhaltung des Brandschutzes [...] durch ein Gutachten bestätigt wird. Dabei ist im Einzelfall nachzuweisen, dass im Brandfall die Tiere rechtzeitig gerettet werden können.“ Die Verwaltungsspitze sieht dafür keine Notwendigkeit und argumentiert „Nach § 20 NBauO muss die Rettung von Menschen und Tieren möglich, aber nicht sichergestellt sein.“ Weiter hatte die SPD-Kreistagsfraktion gefordert, dass vor Genehmigung durch ein Keimgutachten nachgewiesen werden sollte, dass eine gesundheitliche Gefährdung ausgeschlossen ist. Sie bezog sich dabei auf eine Richtlinie des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI). Hierin werden z.B. größere Mindestabstände zur nächsten Bebauung und/oder den Einbau von Filtern vorgeschlagen. Auch hier wimmelt die Verwaltungsspitze ab. Zwar sei unstrittig, „dass die Abluft aus Tierhaltungsanlagen mit Bioaerosolen [Partikel, denen u.a. Pilze, Bakterien, Viren anhaften, d. Red.] belastet ist.“ Im Genehmigungsverfahren sei zu prüfen, ob diese zu schädlichen Umwelteinwirkungen führen können. Allerdings: „Die TA-Luft enthält keine Grenzwerte für Emissionen und Immissionen zu Bioaerosolen aus Tierhaltungsanlagen. Es gibt hierzu auch keine normierten Regelungen.“ Die Verwaltung müsse auf Grundlage von Gesetzen handeln; und dies sei die VDI-Richtlinie nicht. Deshalb würde der Landkreis Gefahr laufen, sich schadensersatzpflichtig zu machen, falls er diese Richtlinie zur Grundlage seines Handelns mache. Was lernen wir: Einen Schaden kann aus Sicht von Landrat Wiswe nur der Investor nehmen (auf seinem Konto), nicht aber die Bevölkerung (hinsichtlich ihrer Gesundheit). Da ist es dann doch schön, wenn der Landkreis die SPD vertritt: „Sollten weitergehende wissenschaftliche Erkenntnisse zu der Feststellung führen, dass eine tatsächliche Gefährdungslage für die Gesundheit besteht, können nachträgliche Anordnungen getroffen werden, z.B. die Forderung des Einbaus von Filtern.“



Wir machen die Kuh zur Sau

Die Herausforderungen sind dramatisch. Aber angesichts der Macht der europäischen Agrarlobby sind die Chancen für eine Wende in der Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik eher gering. Dieses düstere Fazit muss sich eingestehen, wer im Februar die Veranstaltung der Kreisgruppe des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) und des Ev.-luth. Kirchenkreis Celle besucht hat. Der Vortrag des BUND-Vorsitzenden Hubert Weigert (siehe Foto) zeigte in aller Schärfe die Probleme auf, skizzierte auch Lösungsansätze – aber er ließ keinen Zweifel daran, dass von einer Tendenzwende nichts zu erkennen ist. Insoweit ist es erstaunlich, dass der Kommentar in der Celleschen Zeitung („So unver-söhnlich scheinen die Positionen gar nicht immer zu sein“) und die PM des Kirchenkreises („Veranstaltung [führt] zu einer weiteren Annäherung der Positionen“) die Widersprüche eher verkleisterten.

Die von Hubert Weigert vertretenen Positionen waren im Einzelnen nicht neu, aber in der Dichte der Argumentation doch so interessant, dass wir sie im Folgenden ausführlich darstellen wollen.

„Geflügelwirtschaft – quo vadis?“ lautete das Motto. Der BUND-Vorsitzende machte klar, dass es wenig bringt, dieses Thema isoliert zu betrachten. So nannte er als zentrale Herausforderungen: 1.) den Klimawandel, 2.) das Artensterben, 3.) die Sicherung des Grundwassers und 4.) der Hunger weltweit. Einige Fakten: Nach der Welternährungsorganisation FAO gehen 18 % der klimaschädlichen Treibhausgase auf die Nutztierhaltung zurück. Allein national sind ca. 1/3 der Tierarten und 1/4 der Pflanzenarten von Ausrottung bedroht. In vielen Regionen Deutschlands mit intensiver Landnutzung gibt es kein sauberes Grundwasser mehr. Die Zahl der hungernden Menschen hat im letzten Jahr wieder die Schallmauer von über einer Milliarde überschritten.

Auf jeden dieser Krisenfaktoren wirkt verschärfend, was sich als Tendenz der industriellen Tierhaltung abzeichnet: „Wir haben zur Zeit etwa 50 Millionen Masthühner. Insgesamt sind in Deutschland, geplant und beantragt - und zwar zusammengefasst Masthühner und Legehennen - noch einmal weitere 26 Millionen Einheiten dazu. Und fast die Hälfte dieser Tierhaltungen befindet sich in Beständen von über 100000 Tieren.“

Besonderen Augenmerk richtete Weiger auf das Problem der Futtermittelimporte:

„Dieser Prozess des Zubaus bei der industriellen Tierhaltung wird ermöglicht, weil wir immer weniger Tiere aus der eigenen Futtergrundlage ernähren. Immer mehr Tiere werden – wie es dann in der Fachsprache heißt – bodenunabhängig ernährt. D.h. durch Futter, das dazugekauft wird, aber nicht aus der Region selbst

stammend, sondern durch Futtermittelimporte - zu über 65 % aus Argentinien und Brasilien, vor allem Eiweißfuttermittel, Stichwort: Soja.“

Die europäische Agarindustrie importiert Futtermittel aus allen Staaten dieser Erde, selbst aus Hungerregionen. „Vor allem aber aus flächenstarken Staaten dieser Erde, die dort teilweise unter massiver Verletzung sozialer Standards realisiert werden, auch der ökologischen Standards. Und wenn wir uns heute fragen, weshalb 20 Jahre nach der zweiten UNO-Umweltkonferenz in Rio nach wie vor die Brandrodungsfläche in Amazonien nicht abgenommen hat, dann hängt das unmittelbar damit zusammen, weil eben aus dem Sojagürtel vor allem Brasiliens die Kleinlandwirte durch die Großgrundbesitzer arbeitslos gemacht worden sind, in das Heer der Landlosen aufgenommen wurden - und es deshalb ein Landurbarmachungsprogramm Brasiliens gibt, um soziale Konflikte zu reduzieren. Das bedeutet die Zerstörung der tropischen Regenwälder mit ihren gewaltigsten Folgen für Natur und Umwelt. Sie hängt also unmittelbar zusammen mit den hohen Eiweißfuttermittelimporten in unsere Regionen.“



Auf Basis der Importfuttermittel ist Deutschland zum drittgrößten Exporteur von Nahrungsmitteln aufgestiegen. „Wir sind also quasi ein Veredelungsstandort, aber die Emissionen, die Belastungen in Form von Gülle von tierischen Ausscheidungen, sie bleiben in unserem Land.“ Mit dem Export von Hühnerfleisch-„Resten“ (Brustfleisch und Flügel werden in der EU verkauft), also dem, was hier unverkäuflich ist, werden in afrikanischen Ländern regionale Märkte zerstört.

Ein gravierendes Problem der intensiven Tierhaltung ist die Überdüngung. „Zwar müssen die Betriebe nachweisen, dass sie unschädlich für die Ressourcen die tierischen Ausscheidungen unterbringen. Aber gerade bei den großen Tiereinheiten heißt das, dass teilweise zig

Kilometer entfernt die entsprechenden tierischen Ausscheidungen untergebracht werden sollen. Und wer kontrolliert das schon? Das heißt, es werden im Regelfall die standortnahen Flächen überdüngt mit den entsprechenden Wirkungen auf das Grundwasser.“

Erstaunlicherweise sind gerade an den küstennahen Standorten die Stickstoffüberschüsse ganz erheblich. Auch dies ist ein Ergebnis der billigen Futtermittelimporte, die dort wegen der geringeren Landtransportkosten die bodenunabhängige Tierhaltung forcieren. „Die Tierhaltung in Europa löst sich zunehmend von der eigenen Futtergrundlage.“

Letzteres gilt auch für die Milchwirtschaft. „Unsere Kühe werden immer weniger von Wiesen und Heu ernährt. Weidehaltung in Deutschland hat heute noch einen Anteil von 20 %. Die Kuh lebte mal vom Acker. Jetzt machen wir die Kuh zur Sau.“ Und ohne die Wiederkäuer gibt es kaum eine Chance, naturnahe Lebensräume wie Wiesen und Weiden zu nutzen. Da die Milchbauern zunehmend Grünland umbrechen, gibt es eine Abnahme von Wiesen und Weiden in der Größenordnung von jährlich 4-5 %.

Die Verbraucher_innen in Deutschland werden nach Auffassung von Weiger systematisch verblödet. Mit Markenbegriffen wie „Wiesenhof“ und „Bauernglück“ werden Bilder suggeriert, die den tatsächlichen Produktionsweisen Hohn sprechen. Dazu kommt: „Wir haben in Deutschland die teuersten Küchen der Erde, in denen aber am wenigsten gekocht wird. Wir haben einen Prozess der systematischen Entwertung unserer Grundhaltung gegenüber Lebensmitteln. Lebensmittel müssen möglichst billig sein. Man hat dem deutschen Verbraucher gesagt, es ist völlig egal, was wo und wie ihr einkauft. Es ist letztendlich alles gleich gut. Man hat eine Qualitätsdiskussion in Deutschland verhindert.“

Dass die Industrialisierung der Landwirtschaft nicht gestoppt, sondern weiter möglich gemacht wird, ist Teil einer politischen Richtungsentscheidung: „Wenn gekürzt wird in der EU in den letzten Jahren, dann sind es genau die Programme zur artgerechten Tierhaltung, zur Förderung naturnaher Landwirtschaft. Die Förderung des ökologischen Landbaus ist in ganz Deutschland deutlich reduziert. Wir sind damit, was den Ökolandbau anbetrifft, im unteren Drittel der europäischen Union. In Österreich haben wir schon 17 % ökologischen Landbau. In Deutschland haben wir zwar die größte Nachfrage nach Bioprodukten weltweit, wir haben aber nur ein Angebot in der Größenordnung von 5 %.“

Was ist daraus zu folgern? „Wir brauchen, nachdem die alte Agrarpolitik versagt hat, sowohl beim Klimaschutz, wie bei der Biodiversität, wie beim Wasserschutz, neue zentrale Ziele: Regionalität statt Weltmarkt. Wir müssen vorrangig für den heimischen Bedarf produzieren. Wir müssen vorrangig so produzieren, dass die Natur wie die Tiere davon profitieren. Da ist für uns als BUND das Leitbild der biologische Landbau. Aber es ist nur das Leitbild, es gibt viele Übergangsformen.“

72 % des in Deutschland eingesetzten Eiweißfutters wird importiert (> 5 Mio. t Soja)
78 % des in Deutschland eingesetzten Eiweißfutters wird importiert (> 30 Mio. t Soja)
65 % der Sojaimporte stammen aus Argentinien und Brasilien

Unser hoher Pro-Kopf-Konsum und der Export tierischer Lebensmittel besetzen in den Ländern des Südens jährlich 340 qm Acker für Sojaplantagen.

Wir haben ganz bewusst mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft und dem Deutschen Tierschutzbund das Modellprojekt „Neuland“ auf den Weg gebracht als eine artgerechte Betriebsform der konventionellen Landwirtschaft mit Bestandsobergrenzen, mit Verbesserungen für die Artgerechtigkeit, mit dem Verbot des Einsatzes von Futtermittelimporten. Die Grenze verläuft nicht zwischen ökologisch und konventionell, sondern zwischen bäuerlicher, standortangepasster Landwirtschaft und agrarindustrieller Produktion.“

Dazu ist eine Änderung der europäischen Agrarpolitik dringen erforderlich: „Bisher bekommen 20 % der deutschen Betriebe 80 % der Gesamtförderung und zwar unabhängig von ihren ökologischen und sozialen Leistungen. Je mehr Fläche ein Betrieb hat, mit je weniger Menschen er wirtschaftet, um so höher ist seine öffentliche Unterstützung über die EU. Wir halten das System für falsch. Wir müssen dazu kommen, dass Leistungen bezahlt werden - Leistungen, die nicht an die Größe geknüpft sind. Die zentrale Forderung ist: Geld für gesellschaftliche Leistungen, d.h. für Umweltleistungen, für soziale Leistungen.“

Es gibt gewaltige Widerstände gegen eine Trendwende, weil heute mehr an der Landwirtschaft verdient wird als in der Landwirtschaft. Weiger: „Was wir wollen, ist: Wertschöpfung im ländlichen Raum sichern - das hat alles zu tun mit dezentralen Strukturen. Dagegen stehen die zentralen Strukturen des Agrobusiness. Das sind die großen Lebensmitteldiscounter. Es entscheiden letztendlich acht Lebensmitteldiscounter, was und wie in Deutschland gegessen wird, weil sie über 85 % des Marktes mit entscheiden. Sie entscheiden über die Produktion, sie geben die Preise vor, unter denen die Bauern produzieren müssen. Sie erzeugen den Druck, der den Betrieben – aus ihrer Sicht - keine andere Chance lässt, als in die Intensivierung zu gehen.“

Erfreulicherweise gibt es Widerstand gegen die Projekte der Agrarindustrie – wie in Wietze, wie mit der Demonstration im Januar in Berlin. Daraus folgert der BUND-Vorsitzende: „Es müssen neue Bündnisse entstehen, die eine Landwirtschaft fordern, die verantwortlich ist. Wir brauchen eine Agrarpolitik von unten, wo die Bürgerinnen und Bürger selbst aktiv werden. Wo sie sich um ihr eigenes Leben gemeinsam kümmern und damit politischen Druck erzeugen und deutlich machen: Wir haben es satt mit dieser Agrarpolitik konfrontiert zu werden.“

Hemmungsloser Konsum – Müll ohne Ende

541 Kilo Hausmüll pro Erwachsenem haben die Celler_innen allein im Jahr 2009 entsorgen lassen. Sorglos Müll entsorgen? Kein Problem. Keine Bilder wie in Neapel, wo sich zeitweise der Müll an den Straßenrändern aufhäuft und zum Himmel stinkt. Der Zweckverband Abfallwirtschaft (ZVA) macht seine Arbeit. Das hat seinen Preis. Allein im Jahr 2009 entstanden dadurch den Stadt- und Landkreis-Celler_innen Gesamtkosten von gut 17 Mio. Euro. Das Geschäft mit der Abfallbeseitigung scheint gut zu laufen. **Doch der Preis für unseren hemmungslosen Konsum ist weitaus höher.**



Wir müssen uns bewusst machen: Jedes Mal, wenn wir uns ein neues T-Shirt oder eine neue Gartenmöbelgarnitur kaufen, „verschönern“ wir unser Leben auf Kosten der Arbeiter_innen in Entwicklungsländern und der Natur. Der Bereich Urlaub und Konsum ist für 38 % unseres CO₂-Ausstoßes verantwortlich - ganze 3,7 Tonnen pro Mensch und Jahr. Laut einer Studie der Europäischen Union ist der Schaden, der jährlich der Weltwirtschaft z.B. durch die weltweite Entwaldung entsteht um ein vielfaches größer, als die Verluste der letzten Bankenkrise. (aus: *The Story of Stuff*, s.u.) Täglich werden Wälder von einer Fläche zweimal so groß wie Paris vernichtet. Nach Angaben des Rainforest Aktion Network sterben dadurch jährlich 50.000 Tier- und Pflanzenarten aus. Wälder werden zu Möbeln, Zeitungen und Verpackungsmaterialien, die nach kurzer Zeit wieder im Müll landen.

Und was passiert mit unserem Müll?

In Niedersachsen wurden im Jahr 2009 1.192.494 Tonnen Restmüll verbrannt. Der ZVA Celle beliefert die Müllverbrennungsanlagen in Hannover Lahe (E.ON Energy from Waste Hannover), und Buschhaus im LK Helmstedt. Zurzeit gibt es in Deutschland 73 Müllverbrennungsanlagen, 28 weitere sind in Planung, hauptsächlich in Ostdeutschland. Olaf Tschimke, Präsi-

dent des NABU, kritisiert, dass Deutschland heute bereits zwei Millionen Tonnen Abfall importiert. „Werden die geplanten Anlagen gebaut, droht Deutschland zum Hauptmüllimportland, um nicht zu sagen zur Müllverbrennungsanlage Mitteleuropas zu werden.“ Der Energiegehalt von Restabfall entspricht laut E.ON dem von Braunkohle. Das sagt allerdings nichts über den realen Wirkungsgrad aus, da Wärmeverluste, Energieverlust für den Eigenbedarf der Anlage und andere Faktoren dabei nicht berücksichtigt werden. Die Belastung für die Umwelt ist dagegen erheblich. Da die Zusammensetzung des Mülls variiert, ist die genaue Schadstoffzusammensetzung der Rauchgase und der Asche auch verschieden. Es entstehen jedoch in unterschiedlichen Konzentrationen Kohlendioxid, Kohlenmonoxid, Schwefeloxide, Stickoxide, Salzsäure, Fluorwasserstoff und schwermetallhaltige Stäube. In geringen Mengen entstehen auch hochgiftige Stoffe wie polychlorierte Dibenzodioxine und Dibenzofurane. 2005 teilte das Bundesumweltministerium mit, das 1990 ein Drittel aller Dioxinmissionen aus Müllverbrennungsanlagen stammten, im Jahr 2000 jedoch weniger als 1 %.

Die Aschen und Schlacken, die bei der Abfallverbrennung entstehen, werden deponiert, zum Auffüllen von stillgelegten Minen benutzt oder als Baumaterial für Dämme und Straßen verwendet. Filterstäube werden deponiert oder in geschlossenen Bergwerken „entsorgt“.

Speedshopping?

Ein wirklich schlechtes Bild gibt unser vermutlich zweitliebstes Kleidungsstück ab: das T-Shirt. Wie auch die Nummer eins, die Jeans, wird es i.d.R. aus Baumwolle hergestellt. Die weltweite Jahresproduktion an Baumwolle liegt bei 25 Millionen Tonnen. Baumwolle ist eine der am meisten bewässerten Pflanzen der Welt und führt in den Hauptanbaugebieten wie China, Indien, USA, Australien, Usbekistan und kleinen afrikanischen Ländern zu erheblicher Verknappung der so wich-



THE STORY OF STUFF



tigen Ressource Wasser. In Usbekistan ging das Wasservolumen des Aralsees, des ehemals viertgrößten Binnensees der Welt, zwischen den Jahren 1960 und 2000 um 80 % zurück. Fruchtbares Gebiet wurde quasi zur Wüste. Als Ursache waren die staatlichen Baumwollfarmen auszumachen, die die Flüsse trockenlegten, die ursprünglich den Aralsee speisten.

Hinzu kommt, dass Baumwolle im hohen Maße mit Pestiziden behandelt wird, manche davon sind so giftig, dass sie ehemals als Kampfstoffe im Krieg eingesetzt wurden. Doch damit nicht genug: der Stoff für unsere T-Shirts wird erst gebleicht - oft mit Chlor - und anschließend mit Farben koloriert, die Benzole, Schwermetalle, Formaldehyd und viele andere Chemikalien enthalten, die anschließend im Abwasser landen.

Die meisten Produkte werden in Entwicklungsländern ohne Arbeitsschutz, ohne soziale Standards und mit minimalen oder gänzlich ohne Auflagen zum Umweltschutz produziert. Als Nebenprodukt haben wir dann noch das klimaschädliche CO₂ zu verbuchen, das bei der Gewinnung der Rohstoffe, der Weiterverarbeitung zum Endprodukt und den nicht unerheblichen Transportwegen anfällt. Die Summe aller dieser Faktoren sollte uns klar machen, dass unser bisheriges Konsumverhalten keine Zukunft hat. Bis wir gelernt haben, unseren Bedarf aus regionaler und 100 % recyclebarer Erzeugung zu decken, können wir vermutlich guten Gewissens nur auf Gebrauchtes zurückgreifen.

Second Hand statt Shopping - Mall?

Im Celler Stadtgebiet gibt es neben Flohmärkten und dem ein oder anderen kleinen Second-Hand-Shop auch in verschiedenen gemeinnützigen Läden die Möglichkeit, umweltbewusster einzukaufen:

Neufundland - Neustadt 63: Im Sortiment sind Herren- und Damenbekleidung, Schuhe, Kleinmöbel und eine Vielzahl an Haushaltswaren zu sehr günstigen Preisen. Der Erlös geht an soziale Projekte. Kinderkleidung gibt's im Kinderschutzbund nebenan.

Öffnungszeiten: Mo.-Do. 14.30 h bis 17.30, Sa. 10.00 bis 13.00 h.

Kaufladen - Blumlage 88: Hier gibt es ein ähnliches Sortiment wie im Neufundland, zusätzlich wird auch alles rund ums Kind angeboten.

Öffnungszeiten: Di.-Do. 10.00-13.00 + 15.00-18.00, Fr. 15.00-18.00, Sa. 10.00-13.00 h

Fairkaufcenter - Marienwerder Allee 2: Im Angebot sind vor allem Möbel, Hausrat, Spielsachen, CDs, DVDs. - Ableger gibt es noch in Bergen und Wathlingen.

Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 10.00 bis 18.00 h, Sa. 10.00 bis 14.30 h.

Sicher wird die eine oder der andere beim Lesen denken: Warum sollen die Armen vom Müll der Reichen leben? Längerfristig geht es natürlich vor allem darum, dass der gesellschaftliche Reichtum so gerecht verteilt ist, dass alle gleichermaßen dazu in der Lage sind, ihren Bedarf an Konsumgütern aus nachhaltiger und fairer Erzeugung zu decken. Da das ein Ziel ist, das vermutlich nicht von heute auf morgen realisiert wird, sollten wir jetzt mit dem Machbaren beginnen: die sofortige Reduzierung unseres hausgemachten CO₂ Ausstoßes und unseres ganz privaten Müllbergs.



Ein Buchtipp für diejenigen unter Euch, die sich näher mit dem Thema beschäftigen möchten:

The Story of Stuff - wie wir unsere Erde zumüllen von Annie Leonard, bei ECON erschienen für 18.00 Euro wer Müll vermeiden möchte, holt es sich in der Stadtbibliothek!

Das Video (deutsche Übersetzung) zum Buch gibt es unter: <http://www.utopia.de/magazin/the-story-of-stuff?all>

Die Gruppe *Regionale Energie- und Konsumwende-TransitionTown* trifft sich jeden 1. und 3. Dienstag im Monat um 18.30 h im Bunten Haus. Kontakt: Tel: Tina 05141-279503.



Liebe Leser_innen!

In unserer sechsten Ausgabe haben wir viel abgeschrieben. Zu eigenen textlichen Egüssen ist es dieses Mal nicht gekommen. Nicht zuletzt ist daran der DekaDanceStress schuld. Weil fast alle unserer Reporter_innen, Redakteur_innen und Fotograf_innen im Team der DekaDance sind, kam es im letzten Monat zu vielen Überschneidungen terminlicher und personeller Natur. Wir möchten uns dafür entschuldigen und hoffen, dass ihr die rausgesuchten Texte trotzdem mit viel Interesse lest.

Peace Out!

ABGESCHRIEBEN:

TOSTEDT HAT KEIN PROBLEM MIT NAZIS. WIR SCHON.

In dem Internetauftritt der Samtgemeinde Tostedt heißt es: „Tostedt bietet Lebensqualität“, weil es ein „attraktiver Wohn- und Geschäftsort“ sei. Diese Selbstdarstellung ist ein verbaler Schlag ins Gesicht für die zahlreichen Betroffenen rechter Gewalt in Tostedt und Umgebung.

Laut der Statistik „rechtsextreme Straftaten“ in Niedersachsen rangiert das kleine Örtchen an erster Stelle. Und das ist nur die offizielle Zahl – viele der faschistischen Übergriffe werden, im Wissen über die Untätigkeit der Polizei, gar nicht mehr zur Anzeige gebracht. Die Nazis treten in der Öffentlichkeit selbstbewusst in T-Shirts mit Aufdrucken, wie „Gladiator Germania“ oder „Nationaler Widerstand Tostedt“ auf, sind im Sport- oder Schützenverein aktiv und in der regionalen Wirtschaftslandschaft verankert. Wichtigster Anlaufpunkt für die örtliche Naziszene ist der Laden „Streetwear Tostedt“.

Diese Präsenz der Nazis bekommen besonders Jugend-

liche zu spüren, die sich nicht im Umfeld der Nazis bewegen und darüber hinaus das Naziproblem auf die öffentliche Tagesordnung setzen. Sie erleben Bedrohungen und körperliche Angriffe als Begleiterscheinungen des Alltags: in der Schule, auf der Straße oder als sog. „Hausbesuche“. Am Wochenende gilt Tostedt als No-Go-Area für nicht-rechte Jugendliche.

Der bisherige Höhepunkt in der langen Liste rechter Gewalt lässt sich datieren: In der Nacht des 23. Mai 2010 versuchte ein Dutzend Nazis die Wohnung eines nicht-rechten Jugendlichen zu stürmen. Mehrere Menschen wurden dabei schwer verletzt. Als Waffen setzten die Nazis Knüppel und Schaufeln ein, wobei Schwerverletzte bzw. Tote in Kauf genommen wurden. Statt eines öffentlichen Aufschreis und Einschreitens der Zivilgesellschaft und Bürger Tostedts wird auf ganzer Linie geschwiegen und verharmlost: Von der Polizei werden die Vorfälle als Rivalitäten unter Jugendlichen

heruntergespielt. Ein politischer Hintergrund wird geleugnet. Die regionale Presse übernimmt diese Darstellungen ohne sie zu hinterfragen. „Schuldige“ werden dennoch benannt: ausgerechnet jene Jugendlichen, die sich gegen rechte Strukturen wehren und diese skandalisieren. Diese werden als „Störer und Nestbeschmutzer“ an den Pranger gestellt. Selbst das „Bündnis für Zivilcourage“ folgt dieser kruden Logik und verweigert sich einer öffentlichen Solidarisierung mit den Betroffenen. Im Gegenteil: Das Bündnis reproduziert sogar einen Extremismusbegriff, der Neofaschismus und Antifaschismus als zwei Seiten einer Medaille erklärt. Betroffene rechter Gewalt werden so von vorne herein kriminalisiert.

Das Naziproblem in Tostedt ist weder neu noch vom Himmel



gefallen, sondern ganz klar hausgemacht. Bis Mitte der 90er Jahre gab es eine breite alternative antifaschistische Jugendkultur, welche im Zuge der Auseinandersetzungen mit der bundesweit erstarkenden Naziszene von staatlicher Seite zurückgedrängt wurde: nicht-rechte Jugendangebote im Jugendzentrum wurden unterbunden, der Jugendrat aufgelöst und antifaschistische Initiativen kriminalisiert. Stattdessen wurde ein Streetworkprojekt ins Leben gerufen, das den Nazis Räume und finanzielle Mittel zur Verfügung stellte. Mit diesem fehlgeschlagenen Ansatz der „akzeptierenden Jugendarbeit“ wurde maßgeblich dazu beigetragen, dass sich die Nazistrukturen in und um Tostedt langfristig etablieren konnten. Heute gibt es eine vielfältige

Naziszene, welche für die jüngsten Angriffe und Bedrohungen verantwortlich ist. Dabei zeigt die breitgefächerte Altersstruktur der Neonaziszene, dass es an jungem Nachwuchs nicht mangelt.

Die Kampagne „Landfriedensbruch“ will in diesem Klima des Verharmlosens und Wegschauens eingreifen.

Wir fordern:

- Schließung des Ladens „Streetwear Tostedt“
- Nazistrukturen auflösen!
- Solidarität mit den Betroffenen rechter Gewalt!
- Freiräume für nicht-rechte Jugendliche und Antifaschistische
- Jugendkultur stärken!

Antifaschistische Demonstration
Samstag, 19. März 2011
13 Uhr | Tostedt – Bahnhof

HALLO DU

SPAST...

MONGO, BEHINDERTE_R,
 SPASTI, KRÜPPĒL,
 HINKEBEIN, ZWERG,
 BRILLENSCHLANGE,
 VIERAUGE, MISSGEBURT,
 GESTÖRTE_R, VIERBEIN,
 BEHINDI, BLINDFISCH,
 TAUBE NUSS,
 SCHWERHÖRIGE_R,
 BLINDSCHLEICĤE,
 WASSERKOPF, ÜBER-
 KREUZ-GUCKER_IN, ...

Begriffe, die uns regelmäßig im Alltag begegnen und über deren Bedeutung nur selten nachgedacht wird. Denn diese Begriffe spiegeln den sogenannten Ableism (von engl. to be able to = imstande sein etwas zu tun) wieder, eine Form der Diskriminierung, die sich durch die gesamte Gesellschaft zieht. Schimpfworte, die in aller Munde sind, permanent unreflektiert genutzt werden und dabei doch so offen diskriminierend sind, nahm sich eine Gruppe junger Celler_innen zum Anlass Texte zu eben diesen Formen der Diskriminierung zu verfassen. Der Auseinandersetzung zugrunde liegt die Diskussion über den Normbegriff und die Beurteilung aller Menschen anhand diesem. Im Folgenden ist ein Ausschnitt des Diskussionsstandes dieser Gruppe abgedruckt. Weitere Texte dieser Reihe sollen in den nächsten Ausgaben folgen.



GANZ

NORMAL?

Ableism ist eine Form der Diskriminierung, bei der Menschen aufgrund der Ausprägung von körperlichen und geistigen Fähigkeiten benachteiligt werden. Diese kann sowohl als aktive, feindselige Haltung/Handlung, als auch in Gestalt gesellschaftlicher Verhältnisse, die Menschen mit Behinderungen benachteiligen, in Erscheinung treten.

Weil vermeintlich „Behinderte“ in unserer Gesellschaft als Außenseiter_innen und als minderwertig gelten, benutzen viele Menschen die Bezeichnung bestimmter Gegebenheiten (Blindheit, Spastik, Psychose, Taubheit, Downsyndrom, ADHS, Kleinwüchsigkeit usw.) im Rahmen von Beleidigungen bzw. im Sinne von Schimpfworten. Eine Äußerung wie „Bist du blind?“ oder „Du Mongo!“, die als Beleidigung benutzt wird, legt Menschen, die tatsächlich blind sind oder das Down-Syndrom haben, auf ihre Außenseiter_innenrolle fest. Die Gegebenheiten, die ihr Ausgangspunkt zum Verhalten im Leben sind, werden von anderen als so minderwertig betrachtet, dass man sie als Beleidigung auffassen kann. Selbst wenn eine solche Aussage also im Spaß getätigt wird, transportiert sie immer ein Verständnis von „Behinderung“ mit, welches legitimiert, dass Menschen mit bestimmten Gegebenheiten aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden dürfen, weil sie nicht normal sind / der Norm entsprechen. Aber jede_r hat individuelle Voraussetzungen fürs Leben. Manche Fähigkeiten werden dabei gesellschaftlich höher geachtet als andere.

So scheint es selbstverständlich, dass Menschen sehen, laufen, hören und sprechen können. Gesellschaftlich werden diese Fähigkeiten vorausgesetzt und als normal betrachtet. Menschen, denen diese vermeintlich grundlegenden Kompetenzen fehlen, werden im Alltag häufig ausgegrenzt und damit als minderwertig herabgestuft.

Jede_r muss die Chance haben frei und selbstbestimmt zu leben. Individuelle körperliche und geistige Voraussetzungen werden erst dann zu einer „Behinderung“, wenn Menschen aufgrund von ihnen durch ihre Umwelt behindert werden. Das bedeutet, dass sie in ihrer individuellen Lebensplanung und in ihrem Alltag durch äußere Bedingungen eingeschränkt werden.

DOPPEL-
KORN
38 JAHRE UJZ KORN
- ZEIT ZU WACHSEN

Das UJZ Korn in Hannover existiert seit 1972 und ist damit das älteste noch existierende, unabhängige Jugendzentrum in der BRD. Durch die vielen unterschiedlichen Nutzer_innen haben sich selbstverständlich im Laufe der Jahre auch die politischen, sozialen und kulturellen Schwerpunkte immer wieder verändert. Das UJZ Korn war aber immer Raum sozialer Kommunikation, politischer Auseinandersetzung und Organisation und kulturellen Lebens – und dafür soll es bald noch mehr Raum geben.

Doch zunächst ein wenig zur Geschichte: 1972 pachtete der „Verein für angewandte Sozialarbeit“, nach monatlichen Forderungen der „Initiativgruppe Jugendzentrum“



einer schnell geräumten Be- setzung, die Gebäude in der Kornstraße 28 und 30. Das UJZ Korn- straße versteht sich seitdem als Akti- onszentrum der außerparlamentarischen Bewegung. Eine Kneipe als öffentlicher Bereich, wurde aufgebaut. Ein Buchla- den-Ernst Thälmann Buchladen (später heiß er Internationalismus Buchladen) - zieht ein.

[...]

Die 90er waren wie schon an- gedeutet auch in Hannover durch das Entstehen einer neu- en antifaschistischen Bewe- gung geprägt. In den letzten Jahren kamen zunehmend von antimilitaristi- sche Aktivitäten hinzu. Doch die damals entwi- ckelten inhalt- lichen und prak- tischen Schwerpunkte haben seitdem weitgehend Kontinui- tät. Konkret drückt sich dies in lang- jährig bestehenden Struk- turen aus. 2 mal wöchentlich Vokü und Kneipe, eine türki- sche und eine deutsche Biblio- thek/Infoladen, Party- und Konzert- gruppen, ein Frauen- und zwei weitere Gruppenräu- me, Kinderladen uvm.. Außer- dem konnte der Konzertraum ausgebaut werden. Neben den bereits erwähnten antifaschisti- schen und antimilita- ristischen Gruppen wird die Korn von zahlreichen weiteren Gruppen genutzt. Feministische und an- tirassistische Gruppen nutzen die Korn ebenso wie globalisie- rungskritische oder Anti-AKW Aktivist_innen uvm. Das Ple- num hat sich zu einem kollek- tiven Entscheidungsgremi- um entwickelt, das die Gruppen- und Bereichsübergreifende Hin- tergrundarbeit macht. Seit 2003 bekommt die Korn von der Stadt, eine nicht an politischen

Be- dingungen geknüpfte, teil- insti- tutionelle Förderung, in Höhe von jährlich 31.000 € für eine Stelle mit 29 Stunden. Organi- satorisch und finanziell steht die Korn auf gesicherten Füßen. Alle laufenden Kos- ten können aus Eigenmitteln gedeckt werden und die alten Kaufkredite sind 2010 ausge- laufen. Gleichzeitig nutzt in al- len drei Pro- jektlinien (sozial, kulturell, poli- tisch) eine stei- gende Anzahl von Men- schen und Gruppen die Korn und ihre Infrastruktur für ihre Arbeit. 38 Jahre nach dem Entstehen und 23 Jahre nach dem Kauf läuft es so gut, dass es mitt- lerweile häufig zu eng wird. Zu den Voküs kommen so vie- le Leute, dass zumindest bei schlech- tem Wetter, der Platz nicht für Alle reicht und das Ko- chen in der kleinen Küche zur Herausforderung wird. Auch die Gruppenräume stoßen an ihre Kapa- zitätsgrenzen. An manchen Tagen sind einfach alle Räume belegt und es ist nicht mehr möglich zusätzli- chen Grup- pen Räume für Treffen anzubieten. Au- ßer- dem brauchen wir einen zwei- ten Ver- anstaltungsraum, Ar- chivräume und mehr Toiletten. Ganz zum Schluss hätten wir dann noch einen kleinen Über- schuss an Platz. Auf al- ten Aufklebern hieß es „UJZ Korn ein Haus mit vielen (T) Räumen“. Es braucht Raum um träumen zu können. Wo schon jeder m2 verwaltet ist, bleibt kein Platz dafür. Des- halb wird es Zeit zu wach- sen. Seit einiger Zeit steht das Haus neben dem UJZ, die Kornstr. 32, leer. Wir haben uns deshalb ent- schlossen:

Wir wollen es kaufen!!

Die finanzielle Unabhängigkeit der Korn ist eine wichtige Vor- aussetzung um Raum für selb- storganisierte und emanzipato- rische Projekte zur Verfü- gung stellen zu können. Wenn für den Kauf des Nachbarhauses einen neuer Kredit aufgenommen wird, helfen viele kleine, monat- liche Spenden, langfris- tig zu planen, die Korn zu erweitern und dabei unabhängig zu blei- ben. Wenn auch du willst, dass es mehr Raum für widerständi- ge Politik und unkommerzi- elle Kultur gibt, unterstütze die Korn mit einer kleinen monatlichen Spende, in einer Höhe deiner Möglichkeiten! Ein Lastschrift- mandat gibt es im In- ternet und zu den Bürozeiten in der Korn (Mo. - Do. 10 - 15 Uhr). Auch einmalige kleinere Spen- den oder Solipartys helfen uns!

Mehr Infos unter:
<http://www.ujz-korn.de/>



Celle protestiert am AKW Grohnde

25 Jahre ist es her, dass die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl die Menschen erschütterte. Am Ostermontag (25. April) werden tausende Menschen bundesweit an vielen AKWs demonstrieren, um an die Katastrophe zu erinnern und deutlich zu machen, dass die unbeherrschbare Atomenergie endlich abgeschaltet werden muss.

Das Celler Forum gegen Atomenergie ruft dazu auf, an der Demonstration am niedersächsischen AKW Grohnde teilzunehmen. Höchstwahrscheinlich wird die Bahn zur Anfahrt genutzt, und zwar 10.47 ab Hauptbahnhof – die Demonstration beginnt dann in Emmerthal gegen 13 Uhr. Falls genügend Voranmeldungen zusammenkommen, kann aber auch ein Bus gechartert werden. Anmeldungen bitte an: forum-gegen-atomenergie@gmx.de

Im Aufruf zur Demonstration heißt es:

[...] Auch in deutschen Atomkraftwerken wie in Grohnde kann es jederzeit zu einem unkontrollierten Unfall mit verheerenden Folgen kommen: Schmilzt der Boden des Reaktor-druckbehälters bei hohem Druck im Primärkreislauf, dann schießt der obere Teil des Reaktor-druckbehälters raketentartig nach oben und zerstört den Sicherheitsbehälter. Sofort breiten sich radioaktive Stoffe in der Umgebung aus. Auch im AKW Grohnde kann das Sumpfsieb-Problem zum Super-GAU führen.

Das AKW Grohnde hält nicht einem gezielten Absturz eines großen Flugzeuges stand. Weiter erhöht die militärische Beteiligung Deutschlands am Krieg in Afghanistan die Gefahr von terroristischen Angriffen in unserem Land.

Die Katastrophenschutzmaßnahmen sind nicht hinreichend. Laut Bundesumweltministerium würden in der dichtbesiedelten BRD 4,5 Mio. Menschen an den Folgen eines Super-GAUs sterben.

Mit dem Einsatz von plutoniumhaltigen Mischoxid (MOX) Brennelementen steigt nicht nur die Gefahr des militärischen Missbrauchs von Plutonium - MOX-Brennelemente erhöhen auch die Gefahr und das Ausmaß eines Reaktorkatastrophe.

Doch auch ohne Unfall: Bis heute weiß niemand, wie man den anfallenden hochradioaktiven Atommüll für den Zeitraum von Millionen Jahren sicher lagern soll.

Wie auch der Untersuchungsausschuss des Bundestages belegt, ist der Standort Gorleben als Endlager ungeeignet und muss aufgegeben werden!

Statt die AKWs endlich stillzulegen, hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die Laufzeitzeiten der Atomkraftwerke sogar noch verlängert. Zugunsten der vier Atomkonzerne E.on, Vattenfall, RWE und EnBW werden die Sicherheitsrisiken ebenso wie die ungelöste Entsorgung einfach ignoriert.

Mehr Atomstrom bedeutet auch, dass der Ausbau von erneuerbaren Energien auf Basis von Wind, Sonne und Wasser gebremst wird. Je mehr Atomstrom eingespeist wird, desto weniger rechnen sich Investitionen in erneuerbare Energien. Die Laufzeitverlängerung schadet daher nicht nur dem Klima-

schutz. Damit gefährdet die Bundesregierung auch die Schaffung vieler hunderttausend Arbeitsplätze, besonders in Norddeutschland.

Wir setzen uns für die Bewahrung der Schöpfung und für den starken Ausbau erneuerbarer Energien ein. Die Energiewende ist nicht nur eine technische und wirtschaftliche, sondern auch eine soziale Herausforderung.

AKW Grohnde sofort stilllegen! MOX- Transporte stoppen! Atomwaffen abschaffen!

Hier noch ein Hinweis auf eine Veranstaltung im Vorfeld am 28.03.2011 in Hannover: "Strahlendes Erbe - 25 Jahre nach Tschernobyl" (u.a.) mit Zeitzeugen Gabriele Krone-Schmalz (Journalistin) und Andreas Mayer-Landrut, Schlossküche Herrenhausen, Alte Herrenhäuser Str. 3.

In Celle zeigt das Forum gegen Atomenergie zusammen mit der Transition Town Initiative direkt am Tschernobyl-Tag, also am 26.4., um 20 Uhr im Kino 8 ½ den Film: »Rebellen im Namen der Erde«. Inhalt:

Einige Umweltschützer greifen zu radikalen Methoden, um ihre Ziele durchzusetzen: Sie sprengen Biotechniklabore in die Luft, legen Walfangflotten lahm, ketten sich an Bahngleise oder besetzen Bäume. Das macht sie in den Augen des FBI zu Terroristen ...

Bundesweit Demonstrationen
an 16 Standorten!

25.4.2011
25 Jahre Tschernobyl:
AKWs endlich abschalten!

Wir fahren zum
AKW Grohnde
Abfahrt Celle Hbf 10.47 Uhr
Anmeldung unter 05141-31566



Toys am Ende

Das Jahr fing gut an für Celles Langzeiterwerbslose. Die »Toys Company« (TC) macht ihren absurden Laden Mitte März dicht. Der Irrsinn hat ein Ende. Die TC war ein Projekt der DEKRA für ALG-II-Bezieher_innen. In einer Scheinfirma wurde gebrauchtes Spielzeug eingesammelt, ggfs. repariert und an »bedürftige Kinder« verschenkt. Die »Beschäftigten« mussten auf Ein-Euro-Basis so tun, als würden sie in einem »richtigen« Betrieb arbeiten: also ein bisschen EDV, Planung, Organisation, Lagerhaltung usw. usw. – und am Ende sollten, so der Werbespruch, »Kinderaugen zum Leuchten« gebracht werden. In jedem Fall leuchteten die Augen der DEKRA. In über 60 im gesamten Bundesgebiet verstreuten Company's rollte für sie zuletzt der Rubel. Doch jetzt macht eine nach der anderen dicht. Leider liegt's nicht am Protest der verarschten »Mitarbeiter_innen«, auch nicht an der vernichtenden Kritik des Films »Die Armutindustrie«, sondern daran, dass die Bundesagentur für Arbeit ihren Förderetat um 30 Prozent gekürzt hat. Und bei Toys von Vermittlungserfolgen zu sprechen, die eine weitere Förderung rechtfertigen würden, kann nun wirklich niemand sprechen: Zwölf Prozent der Toys-Jobber_innen seien in Celle in festen Arbeitsverhältnissen gelandet, heißt es. Aber selbst wer diese mageren Zahlen glaubt, sitzt wahrscheinlich auch einem Schein auf. Für die Öffentlichkeit nachprüfbar Zahlen gibt es nicht. Und Schönrede ist das, was die »Armutindustrie« neben Absahnen am Besten kann.



Laternen-Streik

Nachfolgende Erklärung erreichte uns Mitte Februar – wir dokumentieren »ungekürzt & unkommentiert«:

„Wir – die fünf Laternen – erklären, dass wir aus Protest gegen die unsägliche, in Teilen antisemitische Berichterstattung des Internetportals »CelleHeute« in Sachen »Helmuth Hörstmann« in einen befristeten Schweigestreik eintreten. Wir fordern die politischen Organisationen, die Kirche und die zivilgesellschaftlichen Kräfte dieser Stadt auf, das rechtspopulistische Internetportal »CelleHeute« zu boykottieren und alle Anstrengungen zu unternehmen, damit geschichtsrevisionistische Tendenzen nicht stillschweigend hingenommen, sondern zurückgewiesen und kritisiert werden.“

Wir fühlen uns zu dieser Erklärung berufen, weil wir von Beginn an genötigt werden, auch Texte von Peter Fehlhaber »vorzutragen«, deren romantisierende Sicht auf die feudale Geschichte der Stadt wir nicht teilen. Jetzt aber hat er eine Grenze überschritten.“

Des Landrats Dienstwagen

Bei einer Steuerprüfung für die Jahre 2006 bis 2008 waren die Fahrtenbücher für den Dienstwagen von Landrat Wiswe beanstandet worden, was zu einer Steuernachforderung in Höhe von 23000 Euro geführt hat. Während der Bund der Steuerzahler – laut CZ – die Auffassung vertritt, der Landrat müsse hierfür selbst aufkommen, da eine Übernahme durch den Landkreis eine Gehaltserhöhung durch die Hintertür darstelle, sieht die Landkreisverwaltung sich in gesamtschuldnerischer Haftung. Rund 16000 Euro übernimmt danach die Eigenschadensversicherung des Landkreises, rund 7000 Euro übernimmt der Landkreis selbst für seinen Landrat. Früher wurde sowas »Gutsherrenart« genannt.

Eschede gegen Rechts?

Im Januar veranstaltete der Escheder »Arbeitskreis gegen Extremismus« eine »Aktionswoche gegen Rechts«. Ein Wehrmutstropfen in der gut geplanten

Woche war die Resonanz der Einwohner_innen. So stellte ein Arbeitskreismitglied gegenüber der CZ fest: „Es ist traurig, dass nur so wenige Bürger das Angebot der Aktionswoche angenommen haben. Viele Eschedeer tolerieren den Rechtsextremismus und realisieren gar nicht, welche Gefahr von den Neo-Nazis im Ort ausgeht.“ Und eine Lehrerin merkte an: „Mir ist eine gewisse Bequemlichkeit aufgefallen. Die Bürger im Ort denken zum Teil, dass es unwichtig ist, gegen die Neo-Nazis vorzugehen, solange diese einen selbst nicht stören.“

Celle - Batman

Zu einem »Runden Tisch« hatte das E-zidische Kulturzentrum Celle (EKZ) im Januar Vertreter_innen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eingeladen, um gemeinsam zu erörtern, ob und wie Beziehungen zwischen Celle und der kurdischen Stadt Batman aufgebaut werden könnten. Aus der Region stammen die allermeisten der heute in Celle beheimateten ezidischen Familien; Batman ist ein Erdölzentrum der Türkei. In beidem sieht das EKZ Anknüpfungspunkte für eine Städtepartnerschaft. Das dürfte zwar in aller nächster Zukunft kaum etwas werden: Die Stadt kann sich auf ihre desaströse Finanzlage berufen, auch wenn wohl vor allem die politische Komplexität im Vordergrund steht. Die Türkei ist bekanntlich nach wie vor kaum bereit, kurdischen Autonomie- und Identitätsbestrebungen Freiräume zu geben. Eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt, deren Basis die aus der Region vertriebenen Kurd_innen bilden soll, ist aus dieser Warte kaum vorstellbar. Trotzdem: Im März will eine Celler Delegation, unter ihnen Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende (SPD), Batman halb offiziell besuchen.

Werbstopper teuer

Es wird nichts bringen, ist aber einen Versuch wert: Die Stadt will mit einer Anpassung der Sondernutzungsgebühren den Wald an Werbstoppern und – tafeln in der Innenstadt eindämmern. 80 Euro soll das Aufstellen einer solchen Tafel vor dem Ladeneingang jetzt

kosten – im Jahr. Angehoben wurden auch die Gebühren für das Aufstellen von Warenauslagen; in der A-Zone müssen jetzt 6 Euro statt bisher 5,05 Euro pro qm gezahlt werden – monatlich. Bei den Quadratmeterpreisen die in den Gebäuden gezahlt werden, ist das ein Schnäppchen. Trotzdem beklagten sich einige Geschäftsleute gegenüber der CZ und sprachen von „Wucher“. Es wird sie leider nicht daran hindern, den Straßenraum der Innenstadt weiterhin in großem Umfang einer allgemeinen Nutzung zu entziehen.

Kulturloge

Die SPD-Ratsfraktion hat im Januar beantragt zu prüfen, ob die zu den Kulturveranstaltungen in der Stadt nicht verkauften Eintrittskarten kostenlos an Personen mit geringem Einkommen gratis verteilt werden können. In verschiedenen Städten (Marburg, Berlin und Hamburg) werden diese Projekte bereits erfolgreich durchgeführt. Man arbeitet nach dem „Tafel-Prinzip“: Gebt uns das, was ihr nicht verkaufen könnt. Für Celle wäre nach Auffassung der SPD die Einbindung von KELLU denkbar. – Erstaunlicherweise fand die CDU die Idee „eine gute Sache“, während Bernd Zobel (Bündnisgrüne) den Antrag unterstützt, aber die Kostenseite berücksichtigt sehen will. Bedenken wurden von Torsten Schoeps (WG) und Wolf Wallat (Die Linke) vorgebracht, die – laut CZ - beide eine Stigmatisierung der Karten-Bezieher_innen befürchten.

ver.di gegen PPP

Beim Neujahrsempfang der Gewerkschaft ver.di standen dieses Jahr zwei kommunalpolitische Themen im Zentrum: PPP-Projekte sowie die Rekommunalisierung der Energieversorgung. Christine Meier vom ver.di-Bundesvorstand kritisierte scharf die als „Pleiten-, Pech und Pannen“ bezeichnete Projekte des PPP (Public Private Partnership). Sie verwies auf die langen Laufzeiten sowie auf die eigentlichen Profiteure: Berater, Rechtsanwälte, Banken und große Baukonzerne.

Im Visier der von SPD und CDU/FDP begrüßten Projekte seien hauptsächlich Schulen, Krankenhäuser, Kindertagesstätten, Schwimmbäder und sogar Justizvollzugsanstalten. Weitere Großprojekte wie die Modernisierung der Infrastruktur der Informationstechnologie



sind schon in der Planungsphase. Die Referentin machte deutlich, dass im Kern die Profiterwartung der Investoren im Mittelpunkt steht. Auch deshalb wären schon mit gewerkschaftlicher Unterstützung zahlreiche PPP-Projekte verhindert worden, z.B. in Langelsheim oder in Isernhagen. Sie ermunterte, anstehende Vorhaben wie das der Feuerwehrhauptwache in Celle gerade im Vorfeld der anstehenden Kommunalwahlen kritisch zu begleiten.

Der Referent Reinhard Rohde vom »Celler Forum gegen Atomenergie« beleuchtete Aspekte örtlicher Rekommunalisierungsvorhaben. Rückblickend erläuterte er, dass der Verkauf der Celler Stadtwerke an E.ON Avacon ein unverzeihlicher Fehler war. In dieser zentralen Frage hätte es statt Geheimniskrämerie eine breite öffentliche Debatte geben müssen. Die Chance dazu müsse nun anlässlich der Neuvergabe der Konzessionen genutzt werden. Er plädierte leidenschaftlich für einen Neuanfang der Celler Energieversorgung auf der Grundlage erneuerbarer Energien in öffentlicher Trägerschaft. Dies würde einen Abschied von E.ON Avacon – und somit von der SVO – bedeuten. Dabei warb er für kommende Stromwechsellparties unter dem Motto »Tschüss SVO« und verwies auf Argumentationshilfen dazu in der örtlichen Zeitung REVISTA.

»Freie Kräfte Celle« wollen sich selbst überholen

Aus der Beantwortung der neusten Anfrage zum Thema Nazis in Celle, von den Grünen in Niedersachsen gestellt, geht hervor, dass die ehemalige Celler Kameradschaft 73 zu den aktivsten in Niedersachsen gehörten. Das scheint die Nachfolgeorganisation »Freie Kräfte Celle« toppen zu wollen. Direkt nach ihrer Gründung starteten sie eine sog. Schulhofinitiative und suchten mit ihren Pamphleten an vier Tagen mehrere

Schulen in Stadt und Landkreis auf.

Neben anderen Aktivitäten statteten sie auch der »Woche gegen Rechtsextremismus« in Eschede einen Besuch ab, ganz „mutig“ haben sie in der hintersten Ecke an einem Plakat herum gekritzelt und einen Flyer verklebt.

Im Februar starteten sie dann ihre Aktionswoche zum Thema Dresden: dazu wurden Flugblätter mit Christian Worch als presserechtlich verantwortlichen verteilt, am Donnerstag den 10.02. nach Eigenangaben der Nazis Kerzen, Plakate und Flugblätter in der Celler Innenstadt verteilt, am Folgetag ein Gedenkstein („Denkt an Dresden 45) im Französischen Garten platziert, und schließlich am Samstag ein „Info-Stand“ in der Celler Innenstadt veranstaltet. Dabei sollen laut CZ ca. 15 Neonazis beteiligt gewesen sein, unter ihnen Dennis Bührig. Der »Gedenkstein« wurde noch am Freitag sachgerecht entsorgt, allerdings nicht von der Celler Müllabfuhr.

Zu der o. g. Beantwortung der Anfrage ist noch folgendes zu sagen: Auf die Frage nach der Rolle von Hof Nahtz wurde geantwortet, dass dieser seit dem Sommer 2007 regelmäßig von Neonazis für die Durchführung von Sonnwendfeiern und Erntedankfesten genutzt wurde.

Es könnte der Eindruck entstehen, dass vorher in Eschede Ruhe war. Aber weit gefehlt: bereits 1992 fand bei Nahtz eine Wehrsportübung statt (Kl. Anfrage Bundestag, 1993). Auch Sonnwendfeiern fanden vor 2007 statt, so z.B. 2000, als der damalige Kopf der KS73, Klaus Hellmund als Sieger unter »Odin«-Rufen herumgetragen wurde.

Es ist schon lästig bis nervig, dass bei den Beantwortungen der Anfragen immer nur das gesagt wird, was ohnehin hinlänglich bekannt ist. Und dann noch nicht einmal vollständig.



Versammlungsrecht ist ein Grundrecht!

Sonnenschutz oder Vermummung?

Am 04.02.2011 fand in der Heimvolkshochschule in Hustedt im Rahmen der Hustedter Gespräche eine Veranstaltung zu dem neuen niedersächsischen Versammlungsgesetz statt. Veranstalter war der DGB, die Referenten Johannes Hentschel, Rechtsanwalt aus Göttingen und Jürgen Dietze, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Lüneburg i.R. - Den Vorträgen folgte eine Diskussion, aus den Reihen der ca. 60 Zuschauer_innen kamen jede Menge Fragen aus dem Demo-Alltag.

Zum Einstieg wurde sehr ausführlich Grundsätzliches geklärt. Es wurde deutlich betont, dass das Grundgesetz über allem steht, selbstverständlich auch über dem Versammlungsgesetz. Alle weiteren Gesetze müssen im Lichte des Grundgesetzes betrachtet werden. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Fall Artikel 5 (Meinungsfreiheit) und Artikel 8. (Versammlungsfreiheit). Das Bundesverfassungsgericht (BVG) hat strenge Anforderungen an Verbote und Beschränkungen von Versammlungen entwickelt. Es gilt, dass Ort, Zeitpunkt, Art und Inhalt selbst bestimmt werden dürfen. Einschränkungen gibt es allerdings in der Form, dass Versammlungen unter freiem Himmel angemeldet werden müssen mit Nennung von Gegenstand (Thema der Versammlung) und Leiter_in, allerdings braucht es keine Genehmigung.

Auflagen für Versammlungen können nur erteilt werden, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar gefährdet ist, wobei das Bundesverfassungsgesetz großen Wert auf unmittelbar legt. Weitere wichtige Grundsätze, die genannt wurden, waren:

Die Unfriedlichkeit einiger Weniger darf nicht zur Auflösung einer Versammlung genutzt werden, denn dadurch würde allen das Grundrecht auf Versammlung genommen. Lediglich eine kollektive Unfriedlichkeit kann zu einer Versammlungsauflösung führen.

Während einer Versammlung gelten keine Polizeigesetze, das SOG (Niedersächsisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung) spielt keine Rolle.

Spontanversammlungen müssen nicht angemeldet werden!

Auch der Zugang zu einer Demo ist geschützt, schleppende Kontrollen und Zugangssperren sind nicht zulässig.

Zuständige Behörden sind lt. Bundesverfassungsgericht verpflichtet, bei der Anwendung des Versammlungsgesetzes grundsätzlich versammlungsfreundlich zu verfahren, nicht ablehnend.

Das BVG urteilt, dass es eine schwerwiegende Beeinträchtigung der Versammlungsfreiheit bedeutet, wenn die Versammlung verboten wird oder wenn sie in Folge von Verfügungen und Beschlüssen nur noch in einer Weise ausgeführt werden kann, die einem Verbot nahe kommt. Das meint, dass nicht nur das Verbot selber eine schwerwiegende Beeinträchtigung bedeutet sondern auch wenn z. B. der spezifische Charakter des Demonstrationsanliegens verändert wird, so dass die Verwirklichung des kommunikativen Anliegens nicht mehr zum Ausdruck kommen kann. Konkretes Beispiel: wenn die Versammlung nicht dort satt finden kann, wo sie sinnvoller Weise geplant war, stellt das eine schwerwiegende Beeinträchtigung dar.

Am 01.02.2011 ist das neue niedersächsische Versammlungsgesetz in Kraft getreten. Von besonderer Brisanz an diesem ist

folgendes: Es gibt zwei Stufen des Anmeldeprozesses. Die erste Stufe ist im Grunde wie gehabt. Die Anmeldenden gehen zur Ordnungsbehörde, melden die Versammlung 48 Stunden vor Bekanntmachung an unter Nennung der Versammlungsleitung, des Inhalts, Ort und Zeitpunkt und der Anzahl der erwarteten Teilnehmer_innen. Die Versammlung benötigt keine Erlaubnis. Es wird ein Kooperationsgespräch folgen. Die Behörde wird einen Auflagenbescheid vorlegen und in diesem muss sie ihre Auflagen durch eine Gefahrenprognose begründen. Wenn die Behörde daraufhin meint, dass es „zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich“ ist, tritt Stufe zwei in Kraft. Dann werden auch noch die Personalien der Ordner_innen eingefordert. Das haben die beiden Juristen in Hustedt als ein sehr schwerwichtiges Problem des neuen Gesetzes gewertet. Es ist doch recht willkürlich, irgendeine Gefahr zu prognostizieren und mit der selbst geschaffenen Legitimation dann die Personalien abzugreifen. Die Einschätzung der Referenten war, dass es zukünftig schwierig werden könnte, Ordner_innen zu finden.

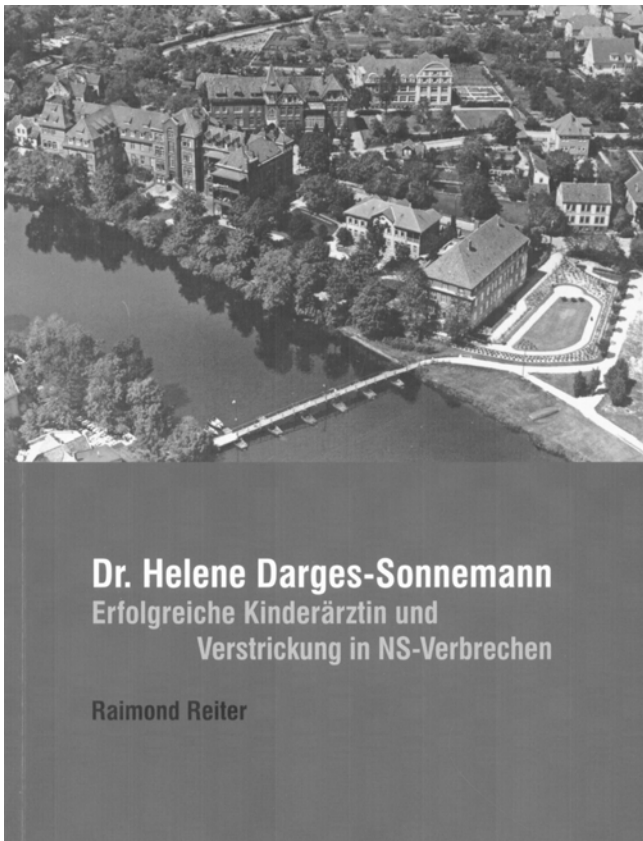
Was noch wichtig ist zu betonen: die Anmeldenden werden nicht persönlich haftbar gemacht für irgendwelche Schäden, die sich im Demoverlauf evtl. ergeben könnten. Das war im Vorfeld des Inkrafttretens des neuen Versammlungsgesetzes mehrfach zu lesen.

Es kamen noch einige Fallbeispiele aus dem „Demo“-Alltag. So wurde aus Reihen des Publikums berichtet, dass hier in Celle bei Spontanversammlungen grundsätzlich von Seiten der Polizei die Nennung einer / eines Verantwortlichen verlangt wird. Diese Person erhält später eine polizeiliche Vorladung, der dann üblicher Weise nicht nachgekommen wird. Die klare Antwort der Juristen: das ist selbstverständlich Quatsch, wird aber immer gerne so praktiziert. Es wurde nochmals betont, dass auch Spontanversammlungen unter den besonderen Schutz des Grundgesetzes fallen. Es sollte sich im konkreten Fall einfach keine_r als Ansprechpartner_in für die Polizei melden.

Zum Thema »Vermummung« hat sich aus den Vorträgen ergeben, dass Schals und Sonnenbrillen nicht grundsätzlich als »Vermummung« zu betrachten sind - die Gegenstände müssen nicht nur für eine »Vermummung« geeignet sein, sondern auch von der Trägerin / dem Träger als solche gewollt sein. Also darf eine Sonnenbrille als Sonnenschutz getragen werden, aber nicht zur Vermummung, was sich in der Praxis sicherlich kaum durchsetzen lässt.

Neben vielen Erkenntnissen in Detailfragen blieben aber auch sehr gemischte Gefühle zurück: Die beiden Juristen machten durchaus deutlich, dass es gar nicht so unwahrscheinlich ist, mit einer Klage bis zum BVG gegen den unsäglichen Umgang mit Anmelder_innen und Demonstrationsteilnehmer_innen zu gehen und dort dann endlich recht zu bekommen. Allerdings: So ein Prozess zieht sich hin und, so sagten es auch die beiden, dann erfährt man nach Jahren, dass man beispielsweise im Wendland unrechtmäßig die Nacht bei Eiseskälte im Käfig hocken musste. Das macht das Erlebte dann auch nicht wieder weg.

Aber evtl. könnte eine Klage die Behörden bei dem zukünftigen Umgang mit Anmelder_innen vorsichtiger agieren lassen, vielleicht sogar einmal etwas versammlungsfreundlicher.



Dr. Helene Darges-Sonnemann Erfolgreiche Kinderärztin und Verstrickung in NS-Verbrechen

Als im Oktober 2009 der ehemalige Adjutant Adolf Hitlers und SS-Mann Fritz Darges in Celle starb, löste dies einen mittleren Medienrummel aus.

Darges kam 1948 nach Celle, machte Karriere und lebte gesellschaftlich anerkannt. Hier lernte er auch seine spätere Ehefrau kennen: die Kinderärztin Helene Darges-Sonnemann (1911-1998). Auch sie war in Celle keine Unbekannte:

1943 brachte sie aus dem zerbombten Hamburg etwa 300 Kinder, 70 Krankenschwestern und sechs Ärztinnen nach Celle, erhielt dafür einen Orden, blieb in Celle und machte hier Karriere am Allgemeinen Krankenhaus, bis sie 1976 als Chefarztin der Kinderklinik in Rente ging.

Neben dieser »Heldengeschichte« gibt es aber einen weiteren Teil ihrer Biographie: Helene Sonnemann war im Hamburger Kinderkrankenhaus Rothenburgsort an der Umsetzung des Euthanasieprogramms beteiligt, deutlicher gesagt hat sie Kinder ermordet, die in der nationalsozialistischen Ideologie als „nicht lebensfähig“ oder auch „nicht lebenswert“ galten. Dies hätte, so denn gewollt, auch in Celle schon früher bekannt sein können.

Nachdem jetzt Helene Darges-Sonnemann durch die Berichterstattung über ihren Mann wieder in den

Blickwinkel der Öffentlichkeit geraten war, entschloss sich das AKH, Leben und Taten der Kinderärztin erforschen zu lassen. Den Auftrag dazu erhielt der hannoversche Historiker Raimond Reiter, der sich seit langem u.a. mit NS-Psychiatrie beschäftigt. Zentral in der Untersuchung erscheinen folgende Punkte:

Helene Darges-Sonnemann war überzeugt von ihrem Tun.

Den Euthanasie-Ärzten hätte bewusst sein können, wenn nicht sogar müssen, dass ihr Handeln keine gesetzliche Grundlage hatte, sondern vielmehr auf einem geheimen Erlass beruhte.

Ermittlungen gegen Sonnemann 1949 führten nicht einmal zu einem Prozess, obwohl Sonnemann die Tötung von sieben Kindern zugab und weitere Tötungen durch Zeugenaussagen belegt werden konnten, weil die Beschuldigten der Ansicht gewesen seien, dass sie gesetzeskonform gehandelt hätten.

Erschreckend an der Nachkriegs-Karriere von Helene Darges-Sonnemann, ist nicht nur, dass diese überhaupt möglich war, vielmehr sind es Äußerungen von ihr, die erkennen lassen, dass sie offenbar nach wie vor Euthanasie befürwortete. Dies äußerte sie auch mehr oder weniger öffentlich, Reiter beschreibt z.B. wie sie Eltern kranker Kinder zu aktiver Sterbehilfe riet.

Die Untersuchung zeichnet den Werdegang einer NS-Täterin nach, die nicht nur nie für ihre Verbrechen belangt worden ist, sondern auch im Nachkriegsdeutschland Karriere machen und „ehrbar“ leben konnte, ohne ihre Überzeugung abgelegt zu haben oder gar zu bereuen.

Reiter, Raimond: Dr. Helene Darges-Sonnemann. Erfolgreiche Kinderärztin und Verstrickung in NS-Verbrechen. Celle 2011 (= Kleine Schriften zur Celler Stadtgeschichte, Bd. 9). ISBN 978-3-925902-77-2, 48 Seiten, 15 EUR.

TW

"Auf die Verurteilung meines Vaters hat mich nie jemand angesprochen" Eine Geschichte über das Schweigen

Wolfgang Mohwinkel wurde am 25. Dezember 1911 in Celle geboren, besuchte dort die Schule, wurde anschließend Ingenieur, trat 1933 in die SS ein, gehörte ab 1940 dem 1. Totenkopf-Reiterregiment der Waffen-SS an und leitete in den folgenden Jahren ein Zwangsarbeiterlager in Lublin, dessen jüdische Häftlinge zum überwiegenden Teil im KZ Majdanek ermordet wurden. Ab Januar 1943 organisierte er in der Zentralverwaltung der »Deutschen Ausrüstungswerke« die Rüstungsproduktion im besetzten Polen. Am Ende des Krieges verschwie er seinen Rang als SS-Obersturmführer und lebte bis in die 1950er Jahre unter falschem Namen, blieb aber im Kon-

takt mit seiner Familie. 1967 wurde gegen ihn Anklage erhoben, 1974 wurde er wegen Mordes im Lubliner Zwangsarbeiterlager zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt, die 1984 auf dem Gnadenweg ausgesetzt wurde. Er starb 2003 in seinem Familienhaus in der »Trift« in Celle.

Das sind die Fakten eines Lebenslaufes, die einfacher dem Urteil von 1974 zu entnehmen sind als dem kürzlich von Joachim Auch herausgegebenen Buch *»Ich kann auch anders! Das Leben des Lagerkommandanten Wolfgang Mohwinkel«*. Der Untertitel des Bandes weist in eine falsche Richtung. Weder handelt es sich um eine Biographie Mohwinkels, noch gar um eine historiographische Studie. Was an historisch relevanten Fakten diesem Buch zu entnehmen ist, geht an keiner Stelle über das hinaus, was in der Urteilsbegründung von 1974 festgestellt wurde. Das müsste keine Kritik an dem Buch sein, das tatsächlich etwas anderes schildern will als die Geschichte eines mordenden Nazis. Es geht darum, wie die Tochter Mohwinkels und deren Ehemann sich der Geschichte ihres Vaters bewusst werden – nachdem im Familienkreis darüber nichts als Schweigen herrschte. Für dieses Schweigen finden sich in den Notaten suggestive Bilder – oder vielleicht eher naheliegende. Da gibt es ein verschlossenes Zimmer, zur Tür fehlt die Klinke. *»So verschlossen wie diese Tür war auch mein Vater, wenn es um die Zeit ab 1940 bis zum Kriegsende und die Jahre danach ging.«* Was aber hinter der verschlossenen Tür sich fand, als der Vater mit 91 Jahren starb, waren Stapel von Zeitungen und die Prozessakten. Öffentliches also, nichts Geheimes. Wie aber aus den (prinzipiell) öffentlich bekannten Verbrechen ein innerfamiliäres Schweigen wurde, das schildert das Buch durchaus eindrücklich.

Der Tochter, 1942 geboren, wird der Vater zunächst als Onkel vorgestellt. Als er sich in der westdeutschen Gesellschaft so sicher fühlt, dass er seine Tarnung aufgibt und mit dem alten Namen auch seine Rolle als Familienoberhaupt wieder annimmt, muss sie ihn als Vater erst wieder anzunehmen lernen. Nach dem Grund für seine falsche Identität scheint die Tochter nie gefragt zu haben. Das Schweigen, das auch fortan herrscht, ist kein einseitiges Verschweigen. Niemand fragt und niemand spricht. Noch nach der Verhaftung des Vaters, während der Untersuchungshaft, selbst nach dem Urteil und nach der Entlassung aus der Haft ändert sich daran nichts. Und auch dieses Buch ändert daran nicht viel. Neben den Erinnerungen der Tochter und des Schwiegersohns (die im Buch anonym bleiben) setzt der Herausgeber vor allem Zitate aus der Urteilsbegründung. Beides bleibt merkwürdig unverbunden. Formulierungen wie der Kapiteltitle *»Endlich ins Reine kommen«* oder *»umso größer der Schock der Tochter, als sie es erfuhr«*, wie es auf dem Buchrücken heißt, bleiben Behauptungen, die sich der Macht des Beschweigens kaum entziehen können. Die Techniken des Ausblendens und Beschweigens werden in dem Buch anschaulich, aber ihre Macht scheint nicht zu weichen: *»Mein Mann hat dann*

einmal nach dem Tod meiner Mutter auf der Fahrt nach Celle den Kindern vom Großvater erzählt. Während des Gesprächs gab es zwar zusätzliche Fragen, aber keine erkennbar tiefe Enttäuschung oder Betroffenheit. Auch später wurden zur politischen Vergangenheit des Großvaters keine Fragen mehr gestellt.«

Auch, Joachim (Hg.), "Ich kann auch anders!" Das Leben des Lagerkommandanten Wolfgang Mohwinkel. Erzählt in Dokumenten und Erinnerungen der Tochter und des Schwiegersohns. Haigerloch 2010. Verlag Medien und Dialog. ISBN 3-933231-89-5, 108 Seiten, 15 EUR.

ES

„Lobetal habe ich säubern lassen“

Die Celler Lobetalarbeit hat eine Vorgeschichte im mecklenburgischen Lübtheen. Dort betreuten Diakonissinnen seit 1928 in einer Heimeinrichtung u.a. rund 50 behinderte Kinder; bis zum April 1941 – dann ließ der damalige Schweriner Reichsstatthalter Friedrich Hildebrandt das Heim räumen; von ihm stammt die titelgebende Zeile: „Lobetal habe ich säubern lassen.“ (Vorgeschobener) Grund: Die Gebäude müssten der Kriegsmarine zur Verfügung gestellt werden. Die behinderten Lobetal-Kinder wurden in die Sachsenberg-Klink in Schwerin abtransportiert und dort auf dem Kinderstationen ermordet: *»Man entzog den kleinen Patienten die Nahrung, gab ihnen hohe Dosen Veronal, Luminal oder Morphium, um sie in großer Zahl systematisch um ihr Leben zu bringen.«*

Michel Piper, der frühere Chefredakteur der »Evangelischen Zeitung« schildert in einem jetzt von der Lobetalarbeit Celler herausgegebenen Buch die Geschichte dieser Euthanasie-Morde. Er beschreibt darin auch den Vorlauf der Celler Einrichtung sowie die Arbeit und das Schicksal der Lübtheener Diakonissinnen.

Interessanterweise hatte sich im November 1940 August Dallmeyer, Inspektor des Mecklenburgischen Gemeinschaftsverbandes und Mitglied im Lobetal-Vorstand an den Reichinnenminister gewandt: *»Als Volksgenosse [...] erlaubt sich der Unterzeichnete deshalb zum Ausdruck zu bringen, dass die Regierung mit der oben erwähnten Verfügung ohne Zweifel die ihr von Gott gesetzte Grenze überschreitet [...] sie hat nicht das Recht, das Leben – und wäre es das minderwertigste – zu vernichten, wie es in diesem Fall beabsichtigt ist.«*

Piper fragt aber, warum es insgesamt so wenig Gegenwehr gab. Antworten hat er nicht. Verblüffen muss weiter, dass weder die Diakonissinnen noch Lobetal nach 1945 zu einer anklagenden oder wenigstens aufarbeitenden Instanz wurden.

Piper, Joachim: „Lobetal habe ich säubern lassen.“ Arbeit und Schicksal der Lübtheener Diakonissen. Zur Vorgeschichte der Lobetalarbeit in Celle. Celle 2010. ISBN 978-3-00-032955-5, 112 S., 5 EUR.

Neue Studien zu Bergen-Belsen

In Vorausschau auf den Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen am 15. April wollen wir auf aktuelle Studien und Forschungen aufmerksam machen, die selbst bei den regionalhistorischen Interessierten selten Beachtung finden. Denn es hat in Stadt und Landkreis Celle eine lange Tradition, die Geschichte und Nachgeschichte des Konzentrationslagers zu exterritorialisieren, um so den sich aus der räumlichen Nähe ergebenden Fragen auszuweichen. Genau dies aber wird durch aktuelle Forschungsansätze konterkariert; denn die Beschäftigung mit dem Konzentrationslager-system hat sich zum einen der Endphase zugewandt (Stichwort: Todesmärsche), zum anderen der Lebenssituation der Displaced Persons (auch in ihrem Verhältnis zur deutschen Bevölkerung) wie auch den Anfängen von Erinnerungskultur.

Im ersten Band der neuen Schriftenreihe »Neuen-gammer Kolloquien« finden sich neben Aufsätzen zu »Häftlingsschicksalen und Überlebensstrategien«, »Täter und ihre Repräsentation in Gedenkstätten« sowie »Gedenkstätten als Bildungsorte« unter der Kapitelüberschrift »Das Ende des KZ-Systems und die deutsche Gesellschaft nach 1945« auch drei Beiträge, die sich auf Celle bzw. Bergen-Belsen beziehen. Zum einen hat Bernhard Strebel seine Forschungen zum »*Massaker an KZ-Häftlingen in Celle im April 1945*« in einem komprimierten Aufsatz zusammengefasst. Auf den übergeordneten Zusammenhang, nämlich »*Die Räumung der Konzentrationslager in Norddeutschland und die deutsche Gesellschaft bei Kriegsende*« geht Detlef Garbe ein. Er erörtert das damit verbundene vorrangige Ziel, die Häftlinge nicht in die Hände der Alliierten fallen zu lassen, schildert an Beispielen die Konsequenzen für die Opfer und hinterfragt die Reaktionen der deutschen Bevölkerung: »*Nach zwölf Jahren Naziherrschaft waren die Einzelnen anscheinend oftmals nicht mehr in der Lage, den Unrechtscharakter gravierender Menschenrechtsverletzungen überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. [...] Apathisch, ängstlich und längst nicht mehr fähig zur Empathie war der Großteil der Bevölkerung in den letzten Kriegstagen wohl ausschließlich und einzig um sich selbst bedacht. Für fremdes Leid [...] war hier kein Raum.*«

Dass und wie die Häftlingsgruppe der Sinti und Roma auch in der deutschen Nachkriegsgesellschaft keine Anerkennung fand, im Gegenteil weiter Diskriminierung ausgesetzt war, beschreibt Katrin Herold in einem Aufsatz, der die »*Proteste von Roma und Sinti an den Gedenkstätten Bergen-Belsen, Dachau und Neuengamme*« untersucht und feststellt, dass der »nationalsozialistische Antiziganismus« erst in den 1980er Jahren überhaupt Bestandteil von Erinnerungspolitik wurde. Wobei deutlich wird, dass die Gedenkstättenverantwortlichen sich vehement gegen die »Instrumentalisierung« durch

die Protestaktionen wehrten; so etwa der bayerische Finanzminister als Hausherr der KZ-Gedenkstätte Dachau im Jahr 1980: »*Ein KZ [...] ist zur Geltendmachung von aktuellen politischen Forderungen nicht geeignet.*« Soviel zum »Lernen aus der Geschichte«.

»*Zwischenräume. Displaced Persons, Internierte und Flüchtlinge in ehemaligen Konzentrationslagern*« lautet der Titel des schon 12. Heftes der Reihe »Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland«. In den letzten Jahren fand eine intensivere Auseinandersetzung mit den so genannten Nachnutzungen der Konzentrationslager statt, wobei in der neuen Ausstellung der Gedenkstätte Bergen-Belsen die Phase des Lagers als »DP-Camp« jetzt einen breiten Raum einnimmt. Der Leiter der Gedenkstätte, Thomas Rahe, beschäftigt sich in seinem Beitrag »*Das jüdische DP-Camp Bergen-Belsen und sein deutsches Umfeld*« mit Aspekten, die die Ausstellung nur anreißt: den vielfältigen persönlichen und institutionellen Kontakten zwischen DPs und Deutschen, die sich trotz des tiefen Misstrauens der Überlebenden und ihrem Wunsch nach Abgrenzung ergaben. Feststellen lässt sich eine Kontinuität antisemitisch geprägten Denkens und Handelns: »*Die Wahrnehmung des deutschen Umfelds, wie sie etwa in Berichten und Kommentaren in den Lagerzeitungen des jüdischen DP-Camps Bergen-Belsen zum Ausdruck kam, erscheint auf den ersten Blick fast paranoid – angesichts des Holocausts psychologisch vollkommen verständlich, aber re-*



alitätsfern. Beim Blick auf die empirisch belegbare Kontinuität von Antisemitismus und Rechtsextremismus [so erhielten z.B. rechtsextremistische Parteien im LK Celle bei der Landtagswahl 1951 23,3 % der Stimmen, d.V.], wie sie die jüdischen DPs in ihrem eigenen Lebensumfeld beobachten konnten, relativiert sich dieser Eindruck allerdings. Die Wahrnehmung der jüdischen DPs in Bergen-Belsen durch die deutsche Öffentlichkeit war in beträchtlichem Maße von antisemitischen Stereotypen geprägt. Es gab kaum eine von Empathie geprägte deutsche Berichterstattung über die jüdischen DPs, über ihren Alltag, ihre Ängste und Sorgen, ihre Zukunftspläne.“

Dass in Bergen-Belsen bis Mitte 1946 neben den jüdischen auch bis zu 15.000 polnische, nicht-jüdische DPs lebten, ist erst in den letzten Jahren in der Forschung überhaupt in den Blick geraten. Karl Liedke und Christian Römmer zeichnen die Geschichte in ihrem Beitrag »Das polnische DP-Camp Bergen-Belsen« nach, wobei ihre zentrale Quelle das Protokollbuch des Polnischen Campkomitees ist. Auf dieser Grundlage werden die drei Phasen dargestellt, die das Camp durchlief: Zu Beginn hatte die Nothilfe absolute Priorität, die im Mai 1945 von einer Phase der Konsolidierung und Neuorientierung der ehemaligen KZ-Häftlinge abgelöst wurde, um im Sommer 1946 mit der Verlegung der DPs in andere Camps zu enden. Die beiden Autoren gehen dabei den Konflikten zwischen jüdischen und polnischen DPs nach, die zur Auflösung des polnischen Camps führten. Knapp $\frac{3}{4}$ der polnischen DPs kehrten übrigens aus der britische Zone bis zur Mitte des Jahres 1947 zurück nach Polen.

Martina Staats schließlich beschäftigt sich in ihrem Beitrag »Neu-Hohne 1946 bis 1953« mit der im Landkreis Celle bisher kaum bekannten »Weiternutzung des ehemaligen Vorlagers des Kriegsgefangenen- und Konzentrationslagers Bergen-Belsen« für (Ost-)Flüchtlinge und wegen der Erweiterung des Truppenübungsplatzes zwangsweise ausgesiedelte Bewohner_innen der nahe gelegenen Gemeinde Hohne. Die Wohnbedingungen im »Flüchtlings«-Lager waren elendig. Staats beschreibt die materiellen und sozialen Lebensbedingungen wie die Kontakte die zu den Bewohner_innen des DP-Camps bestanden. Auch sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Menschen in Neu-Hohne vor allem selbst als Opfer sahen und eine Empathie für die KZ-Überlebenden kaum bestand. Das Lager Neu-Hohne, in dem zuletzt noch 94 Familien lebten, wurde im Jahr 1953 aufgelöst.

Im Besprechungsteil dieses Bandes findet sich noch eine umfangreiche Rezension von Strebels »Celle 1945 revisited« durch Immo de Fries.

»Auschwitz in der deutschen Geschichte« ist der Titel eines von dem hannoverschen Politikwissenschaftler Joachim Perels herausgegebenen Bandes, in dem die überarbeiteten Vorträge zusammengestellt sind, die im Rahmen der Ausstellung »4Ks2/63. Zur Wiederherstellung des Rechts. Auschwitz-Prozeß – Bergen-Belsen-Prozeß« gehalten wurden. Zwei Beiträge beschäftigen sich mit

der Nachkriegsgeschichte Bergen-Belsens:

Der Historiker John Cramer gibt in »Der erste Bergen-Belsen-Prozess gegen Josef Kramer, den letzten Kommandanten von Auschwitz« einen Überblick über dieses erste, in Lüneburg stattfindende Nachkriegsverfahren gegen das Lagerpersonal. Er zeigt die Schwierigkeiten der Briten in der Vorbereitung des Prozesses auf, wozu neben dem Problem mangelnden Ermittlungspersonals insbesondere die Frage eine Rolle spielte, wie diese beispiellosen Verbrechen mit herkömmlichen Maßstäben juristisch zu bewältigen waren. Der Tatbestand des »Kriegsverbreches« (war crimes) erwies sich so dann auch im Verfahrensverlauf als ein nur eingeschränkt geeignetes Instrumentarium. Die Reaktionen der Öffentlichkeit auf den Prozess fielen sehr unterschiedlich aus: Von britischer Seite wurde er als positiv bewertet, was z.B. die Gründlichkeit und Unvoreingenommenheit britischer Justiz betraf. Die Ambitionen hinsichtlich eines moralischen Effektes auf die Tätergesellschaft allerdings blieben unerfüllt. Aus unterschiedlichen Gründen war das Interesse der deutschen Öffentlichkeit und Gesellschaft eher gering – die von Meinungsforschern beobachtete Teilnahmslosigkeit verortet Cramer im Unbehagen, sich mit der Frage individueller und/oder kollektiver Schuld auseinandersetzen zu müssen.

Einen Abriss über die erinnerungskulturelle Geschichte der Gedenkstätte liefert der langjährige Leiter der Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten Wilfried Wiedemann in seinem Beitrag »Von der Zerstörung und der Wiedergewinnung des Gedächtnisses«.

Auf die Besprechung der umfangreichen, gerade erschienenen Arbeit Daniel Blatmans zu »Die Todesmärche 1944/45 - Das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massenmords« müssen wir unsere Leser_innen auf die nächste Ausgabe verweisen.

Der Celler Stadtbibliothek wäre zu empfehlen, derartige Sammelbände (auch für die Vergangenheit) in ihren eher schmalen Bestand zur Geschichte des KZ Bergen-Belsen aufzunehmen.

Das KZ Neuengamme und seine Außenlager. Geschichte – Nachgeschichte – Erinnerung – Bildung. Hg. im Auftrag der KZ-Gedenkstätte Neuengamme von Oliver von Wrochem unter Mitarbeit von Lars Jockheck. Berlin (Metropol Verlag) 2010. 420 S., ISBN 978-3-940938-87-9, 24 EUR.

KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hg.): Zwischenräume. Displaced Persons, Internierte und Flüchtlinge in ehemaligen Konzentrationslagern 1945-1953. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland. Heft 12. Bremen (Edition Temmen) 2010. 228 S., ISBN 978-3-8378-4017-9, 12,90 EUR.

Joachim Perels (Hg.): Auschwitz in der deutschen Geschichte. Hannover (Offizin) 2010. 258 S., ISBN 978-3-930345-72-4, 19,80 EUR.

Vor 25 Jahren: Reaktorkatastrophe von Tschernobyl „Kreis Celle gibt Entwarnung“

Am 26. April 1986 schmelzen in einem Block des AKW Tschernobyl Brennstäbe. Der Super-GAU ist da und mit ihm eine radioaktive Wolke aus der Ukraine, die am 1. Mai Westdeutschland erreicht. Von Tag zu Tag steigen die Becquerel-Werte in der Luft und im Boden, im Salat und in der Milch. Die CDU/FDP-Bundesregierung flüchtet sich in Verharmlosung und schiebt die Unfallursache einem »sowjetischen Schlendrian« zu. Aber dass ein GAU in 1400 km Entfernung zur Folge hat, dass in Deutschland Gemüse aus dem eigenen Garten nicht mehr gegessen werden kann und Kindern das Spielen in der Sandkiste verboten werden muss, führt zu einem tiefgreifenden Einschnitt in der gesellschaftlichen Haltung zur Atomenergie.

Bundesweit kommt es zu unzähligen kleinen und großen Protestaktionen, neue Anti-AKW-Gruppen entstehen. Die SPD - als die Partei, die in ihrer Regierungszeit den Ausbau der Atomenergie forciert hatte - beschließt einen Ausstieg aus der Atomenergie binnen 10 Jahren (nach Regierungsantritt). Auch zahlreiche Gewerkschaften und kirchliche Gremien befürworten nun den Ausstieg aus der Atomenergie. Seitdem gibt es in Umfragen eine konstante Mehrheit für einen Ausstieg aus der Atomenergie. Und wenn heute - 25 Jahre danach - die Bündnisgrünen eine bisher ungekannte Zustimmung erfahren, so hängt dies unmittelbar zusammen mit der von CDU/FDP beschlossenen AKW-Laufzeitverlängerung, die der Katastrophenerfahrung von Tschernobyl so diametral widerspricht.

Die erste lokale Reaktion auf die Katastrophe spielt sich in Celle auf einem ungewöhnlichen Terrain ab: dem Fußballplatz. Am Sonntag, den 4. Mai, erklärt noch vor Beginn des Punktspiels zwischen SSV Scheuen und SV Nienhagen der Mannschaftsführer des SVN dem Unparteiischen, dass seine Mannschaft bei Regen nicht mehr weiterspielen würde. Er bezieht sich auf eine Verlautbarung, wonach Kinder nicht auf nassen Rasenflächen spielen sollten, weil der Regen radioaktiv belastet sein könne. Als es kurz vor der Halbzeit zu regnen begann, bleiben die Nienhäger in der Kabine.

Am 7. Mai schaltet die BI Südheide eine Anzeige »Zur Tschernobyl-Katastrophe« in der Celleschen Zeitung: „Was man uns vornehm als 'Restrisiko' verkauft, ist in Wirklichkeit der Unterschied zwischen Tod und Leben für unzählige Menschen und Tiere, die schleichende Aufhebung der Bewohnbarkeit der Erde. [...] Und hinter der staatsmännischen Geste der harte, zynische Vorsatz: Wir machen weiter, was auch geschieht! Und die Komplizenschaft der Mächte: Plutonium muß produziert werden für die Bomben, damit die gemeinsam geteilte Weltherrschaft nicht ins Wanken gerät. [...] Wir fordern den weltweiten Ausstieg aus der Atomwirt-

schaft. Wir fordern eine Politik, die die Anstrengung unternimmt, die angeblichen Sachzwänge zu überwinden und in internationalen Verhandlungen die Ächtung der Kernspaltung - im militärischen wie im zivilen Bereich durchzusetzen, um der Zukunft des Lebens willen! Oder wollen wir auf die nächste Katastrophe warten, die mit Sicherheit eintreten wird - und dann vielleicht bei uns? Es gibt keinen Grund zur Beruhigung!“

Doch die politisch Verantwortlichen sehen das anders. 12 Tage nach der Katastrophe melden sich erstmals Stadt- und Landkreisverwaltung. „Stadt und Kreis Celle geben Entwarnung“, titelt die CZ: „Stadt und Landkreis haben der Verunsicherung der Bevölkerung ein Ende gesetzt. Am vergangenen Montag haben sie damit begonnen, selbst Messungen der sogenannten Kontamination von Luft und Boden durch radioaktive Stoffe (in erster Linie Jod 131) vorzunehmen. [...] Nur der Verzehr von Blattgemüse wie Spinat und Kopfsalat sei noch 'mit Vorsicht zu genießen'. Leitender Kreisverwaltungsdirektor Gerhard Probst, Chef einer kreiseigenen Arbeitsgruppe, und die Vertreter der Stadt Celle stellten übereinstimmend fest, daß die Belastung des Bodens im Bereich von Stadt und Landkreis Celle nach dem derzeitigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse 'unbedenklich' sei. Sowohl Stadtwerke Celle als auch Wasserversorgungsverband befanden darüber hinaus, von Jod 131 sei das Trinkwasser im Bereich des gesamten Landkreises nicht gefährdet. Wie es allerdings mit Cäsium oder anderen radioaktiven Stoffen, die sich eventuell in der Tschernobyl-Wolke befanden, aussehe, stehe nicht fest.“

In Niedersachsen ist Landtagswahlkampf. Deshalb mischen sich schnell auch die Kandidaten der Parteien in die Diskussion. „Sicherheit entsteht aber nur durch ehrliche Aufklärung!“, meint Rüdiger von Borcke, SPD-



Mahnwache am ersten Jahrestag der Katastrophe 1987.

Landtagskandidat und Vorsitzender des Umweltausschusses des Kreistages gegenüber der CZ (12.05.). Denn in der Tat trägt die Informationspolitik von Regierungen und Behörden erheblich zur Verunsicherung der Bevölkerung bei. Borcke sieht „menschliches Versagen“ und „mangelhafte Sicherheitseinrichtungen“, er will „konkrete Zahlenangaben“. Die gibt der Landkreis: Bei Spinat und Weidegras liegen die gemessenen Werte durchweg erheblich über dem offiziellen Grenzwert von 250 Bq/kg Jod 131. Fritz Riege, der SPD-Landtagskandidat für Celle-Stadt, informiert in einer Wahlanzeige (14.05.): „20-25 % in der Bundesrepublik, 45 % in den USA, 100 % in der UdSSR beträgt die Wahrscheinlichkeit eines Kernschmelzunfalls bis zum Jahr 2000. Darum gehöre ich seit 1977 zur Eppler-Minderheit, die sich für einen geordneten Ausstieg aus der Kernenergie bei sicherer Endlagerung und gegen jede Plutoniumwirtschaft einsetzt.“ Doch – wie er selbst schreibt: In der SPD ist er noch in der Minderheit. Mehrheitlich ist die Parteiführung mit der CDU-Bergen einer Meinung, über deren Veranstaltung mit Kurt-Dieter Grill die CZ (14.04.) titelt: „Tschernobyl ist nicht überall ...“ Grill, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion aus dem Wendland fordert „internationale Vereinbarungen mit den Staaten des Ostblocks zur Schaffung einer besseren Risikoabsicherung, so wie sie in den Kernkraftwerken der Bundesrepublik schon besteht.“ Und noch ein »umweltpolitischer Sprecher«, Martin Hildebrandt (FDP), meldet sich: „Es müssen energische Schritte unternommen werden, um den Angst- und Panikmachern das Handwerk zu legen, die den Reaktorunfall in der Ukraine zum Anlaß nehmen, die Kernkraft als solche zu verteufeln.“ (Celler Markt, 14.05.)

In Celle aber scheint es öffentliche Angst- und Panikmacher nicht zu geben, denn: Sie kommen in den Lokalmedien nicht vor. Von den Grünen ist auf den Seiten der CZ noch zwei Wochen nach dem GAU nichts zu hören. Was nicht am Kreisverband gelegen haben dürfte, sondern an der strikten Ausgrenzungsstrategie, die bürgerliche Medien im Vorfeld der Niedersachsenwahl praktizieren. Im Bundestag beantragt die Partei am 14. Mai die Stilllegung aller AKW in der Bundesrepublik und fordert einen unverzüglichen Baustopp für alle im Bau befindlichen Atomanlagen.

Die erste Info-Veranstaltung wird von den Grünen initiiert. Am 16. Mai referiert auf Einladung des Kreisverbandes der Soziologe Dietmar Siefert, der aus der alten Bürgerinitiativbewegung kommt. »Konsequenzen aus Tschernobyl« stehen im »Le Bistro« auf der Tagesordnung. Eine Konsequenz dieser Veranstaltung ist die Gründung der »BI Verstrahltes Celler Land?«

Parallel zu dieser Veranstaltung betätigt sich in Winsen/Aller übrigens ein staatlicher Märchenerzähler. Mebus Geyh, Strahlenschutzbeauftragter und Direktor im Niedersächsischen Landesamt für Bodenschutz, spricht auf einer Veranstaltung des »Kulturkreis Winsen«. Der »Experte« scheint nur Jod 131 zu kennen und gibt ent-

sprechende Tipps: „Obst und Gemüse, das konserviert (also etwa eingekocht) werde, könne unbedenklich verwendet werden, wenn man mit dem Verzehr zwei Monate warte.“

Mit einem »Offenen Brief« wendet sich die »BI Verstrahltes Celler Land?« an die Verwaltungschefs von Stadt und Landkreis: „Wir verlangen [...] vorbehaltlose Aufklärung über: - die Höhe der radioaktiven Verseuchung in Celle und Umgebung, - konkrete Verhaltensregeln und Maßnahmen zum Schutz für uns und unsere Kinder, - Schutzmaßnahmen, die auf Grund der neu gewonnenen Meßdaten von der Stadt und dem Landkreis eingeleitet wurden.“

National ist die Losung der AKW-Befürworter_innen klar: „Wenn wir jetzt unsere Kernkraftwerke abschalten würden, dann würden wir die sichersten Kernkraftwerke der Welt abschalten.“ So am 20.5. der Landtagspräsident und CDU-Kandidat Edzard Blanke. Und die Wirtschaft sorgt für eine entsprechende Berichterstattung. In bundesweit geschalteten Anzeigen äußert sich die »Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke e.V.« so: „Der Betrieb der deutschen Kernkraftwerke ist sicherheitstechnisch verantwortbar und für uns als Industrienation unverzichtbar.“ Halbseitig klotzen »Ihre Stromversorger« noch zweimal bis Mitte Juni in der CZ.

Willy Brandt (SPD) erklärt auf seiner Wahlkampftour am 27.05. im Interview mit der CZ: „So absurd es war, auf die Kernenergie als die große Lösung der heutigen Energiefragen zu setzen, so absurd ist es, nun sofort abzuschalten. Das geht nicht.“ Warum, das lässt der Friedensnobelpreisträger offen.

Ganz anderer Meinung ist Rainer Trampert, Bundesvorstandssprecher der Grünen. Er konstatiert auf einer Veranstaltung in Celle am 29. Mai: „Jedes AKW ist eine Kriegserklärung an uns.“ Die »Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen« sei unabdingbar und möglich. In die Sozialdemokratie setzt er wenig Hoffnung, ihre Losung sei: »Atomkraft? Nein! Kernenergie? Ja!« Obwohl anwesend, berichtet Tillo Nestmann, CZ-Redakteur, nicht über den eloquenten Vortrag des Vertreters des ökosozialistischen Flügels der Partei.

Im »Celler Markt« erscheint am Tag der Trampert-Veranstaltung die „Abschlußerklärung der Stadtverwaltung: Keine gesundheitsgefährdende radioaktive Belastung für Celle“. Die radiologische Situation in Celle habe zu keiner Zeit ein behördliches Eingreifen erforderlich gemacht. Die Stadt bittet alle, „die in schriftlicher Form mit Auskunftersuchen an sie herangetreten sind, sich mit dieser Erklärung als Beantwortung ihrer Fragen zu begnügen“.

Während überall in Westdeutschland schon kleinere und größere Demonstrationen stattfinden, tut sich die neu gegründete Celler Bürgerinitiative schwer. Erst vier Wochen nach der Katastrophe kommt es am 31. Mai zur ersten öffentlichen Protestmanifestation: Auf der Rathaustreppe sammeln sich im Lauf des Vormittags Sa-

lat, Spinat und andere Gemüse. Mitglieder der »BI Verstrahltes Celler Land?« haben ihre Kleingärten entsorgt. (siehe Foto rechts) Die eingeladene CZ erscheint nicht.

Am selben Samstag findet sich in der CZ eine von rund 500 Unterzeichner_innen finanzierte Anzeige: „Tschernobyl ist vorbei ... / ... Was kommt nun?“ Bei aller unterschiedlichen Einschätzung könne niemand davor die Augen verschließen: „Radioaktivität ist grenzenlos! Luft, Wasser, Erde, Pflanzen und Tiere werden verseucht. Trotz Versprechungen der Experten über verstärkte Vorsorge gilt: Absolute Sicherheit gibt es nicht, weder für Atomreaktoren noch für Endlager von Atommüll. Wir, die unterzeichnenden Frauen und Männer resignieren nicht. Alle haben Möglichkeiten, sich zu Hause, am Arbeitsplatz, in Verbänden, Kirchen und Politik für einen schrittweisen Abbau von Atom-Technologie einzusetzen. Wir können wählen; demnächst in Niedersachsen, Hamburg, Bayern.“ Die Initiatorin, Sabine Seifert, hat ein Konto zur humanitären Hilfe für Betroffene in der Ukraine eröffnet.

In derselben Ausgabe dürfen im Interview mit dem Rechtsaußen-Redakteur Walther Zuzan Mitglieder einer »Liberalen Initiative« für die FDP werben. „Es geht nicht an“, meint die »überzeugte Hausfrau« Brigitte Schwettmann zu Tschernobyl, „daß durch einen solchen Vorfall, der immer wieder passieren kann, auch in der westlichen Welt, immer wieder Leute aufstehen, Meinung machen und die Menschen durcheinanderbringen.“ Man könne doch nicht „holterdipolter“ alles abschalten, „nur weil gerade etwas schiefgegangen ist.“

Hannes Kempmann, vormaliger Sprecher der BI Lüchow-Dannenberg, stellt am 5. Juni als Landtagskandidat auf einer Veranstaltung der Grünen das Ausstiegs-konzept der Partei vor. Der Ausstieg aus der Atomenergie sei machbar, ohne dass die Lichter ausgingen (Überkapazitäten), ohne dass die »Atemnot« käme (Importkohle, Gas u.a.), und ohne dass Arbeitslosigkeit zunehmen müsse (Arbeitsplatzintensive Umsetzung eines alternativen Energiekonzeptes). Politisch müssten die Grünen, wenn dadurch die Stilllegungsforderung umsetzbar werde, für den Fall der gemeinsamen Mehrheit eine Koalition mit der SPD anstreben.

Zwischenzeitlich hat die Bundesregierung mit Walter Wallmann den ersten »Umweltminister« der Republik installiert und Jan Klugkist kommentiert in der CZ: „In Bonn wurden - auch das ist kein Geheimnis - die Ängste der Bevölkerung vor der Kernkraft unterschätzt. Das Informationschaos nach der Katastrophe von Tschernobyl hat nicht dazu beigetragen, diese Ängste abzubauen. Wenige Tage vor der Landtagswahl in Niedersachsen steht zu befürchten, daß nach Lage der Dinge auf der politischen Ebene eigentlich nur die Grünen profitieren. Ein oder zwei Prozentpunkte mehr für sie könnten die Wahl für Ministerpräsident Albrecht negativ entscheiden. Damit hätten wir hessische Verhältnisse, die eigentlich niemand wünschen kann.“

Franz-Josef Strauß (CSU-Chef) darf am 5. Juni wäh-



rend eines Auftritts in Celle gegenüber der CZ die Frage beantworten, warum er den Ausstieg aus der Atomenergie entschieden ablehne. Wer auf AKWs verzichte, begeben sich in Abhängigkeit von Ölliefer-Staaten: „Diese Abhängigkeit haben wir durch Einsparen und Technik überwunden.“ Bei einem Ausstieg stünden wir doch „wieder bei denen vor der Tür als Bittsteller. Heute stehen die als Kunden vor unserer Tür.“

Noch vor Tschernobyl haben die BI Pinneberg, die BUU Hamburg und die Grünen in Schleswig-Holstein beschlossen, eine Woche vor der geplanten Inbetriebnahme des AKW Brokdorf für den 7. Juni zu einer Demonstration aufzurufen, um den Widerstand gegen das AKW weiterhin zu erhalten. Nach Tschernobyl wollen dann neben vielen Bürgerinitiativen alle möglich Gruppen und Parteigliederungen mitmischen, mit dem unerfreulichen Ergebnis, dass es weder über einen Aufruf, noch über den Aktionsrahmen eine Einigung gibt. Zwar machen sich wie 1981 noch einmal über 100.000 Menschen auf nach Brokdorf, aber die Polizei lässt eine Demonstration faktisch nicht zu. Sie treibt am Bauzaun die Kundgebungsteilnehmer_innen mit Tränengas und Knüppeln auseinander. In Kleve stoppt die Polizei den Hamburger Konvoi, der aus rund 100 Bussen und mehreren hundert PKW besteht. Nach einem Scharmützel an der Polizeisperre zerstört die Polizei bei 95 Fahrzeugen Scheiben und Reifen. (Die Protestdemo in Hamburg am Folgetag führt zum berühmt-berüchtigten »Hamburger Kessel«, bei dem Hunderte von Menschen über 12 Stunden von der Polizei eingekesselt werden.)

Aus Celle sind nicht allzu Viele nach Brokdorf gefahren, u.a. weil die neu gegründete »BI – Verstrahltes Celler Land?« sich angesichts der schon im Vorfeld massiven Hetze weder zu einem Aufruf, noch zur Organisation eines Busses entscheiden will. Im Juli-Heft des »Celler Zündel« aber erscheint ein Erlebnis- und Auswertungsbericht einer »alten AKW-Gegnerin«, die für sich und andere festhält: „So nicht mehr – lautet das Resümee für viele der Demonstrant/en/innen am 7.6. in Brokdorf? Aber wie? Zu Hause bleiben nächstes Mal, mit der Überzeugung, eigentlich der zunehmenden Militanz des Staates etwas entgegensetzen zu müssen?! Wieder über Wiesen latschen, lasche Reden anhören und sich dafür verprügeln/vergiften lassen!? Andere Aktionsformen gegen Politiker/innen, Betreiber und deren Institutionen suchen? Die Wut 'rauslassen als »gewalttätige/r Chaot/in« am AKW-Zaun, immer die Ziel- und Sinnlosigkeit der meisten dieser Aktionen im Kopf?“ Und ein anderer Teilnehmer ist fassungslos angesichts der „Kriegserklärung dieses Staates an die Bürger/innen durch die Polizei. Polizeiterror, generalstabsmäßig, geplant, vorbereitet und durchgezogen.“

Die »Bürgerinitiative Südheide« verkündet in einer CZ-Anzeige am Demosamstag: „Der Ausstieg ist möglich!“: „[...] Die nächste Atomkatastrophe kommt bestimmt, wenn wir nicht aufhören - und dann vielleicht bei uns! Aber die Verantwortlichen in Bund und Ländern lassen keinen Zweifel an der eigenen Allmacht und Vollkommenheit erkennen. Sie handeln nach der Devise: Augen zu und durch! Das muß ein Ende haben! Wir fordern den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomwirtschaft! Er ist wirtschaftlich möglich, politisch notwendig und moralisch geboten! Er ist jetzt durchsetzbar!“ Unterzeichnet ist die Anzeige u.a. vom SPD-Unterbezirksvorsitzenden Carl-Bertil Schwabe und vom Landtagskandidaten Dr. Rüdiger von Borcke (SPD).

Brokdorf bringt die Erfahrung, dass der westdeutsche Atomstaat mit Demonstrationen nicht zu einem Ausstieg zu bewegen ist. Die eine Woche darauf stattfindende Landtagswahl lehrt darüber, dass Wahlen nichts ändern (denn – wie Anarchist_innen zu bemerken pflegen - „Sonst wären sie verboten“). Sicherlich haben viele besorgte Menschen, gerade auch aus dem Umfeld der »BI Verstrahltes Celler Land?« auf ein Wahlergebnis gehofft, dass ein deutliches Signal für den „schrittweisen Abbau von Atomtechnologie“ bringen würde. Das Medien-Sperrfeuer gegen die Grünen bewirkt ein anderes Ergebnis. Die CDU erreicht 44,3 % der abgegebenen, gültigen Stimmen (- 6,4 %-Punkte) und kann mit der FDP, die ihr Ergebnis minimal auf 6,0 % ausbaut (+ 0,1 %), die Regierung bilden. Die Schröder-SPD gewinnt 5,6 %-Punkte und kommt auf 42,1 %; die GRÜNEN legen gerade einmal um 0,6 %-Punkte auf 7,1 % zu.

Ernüchterung auf allen Ebenen ist die Folge – zwar gibt es am 13. September noch ein von einem breiten Bündnis getragenes Anti-AKW-Fest im Französischen Garten, das von einigen hundert Menschen besucht

wird. Aber auch hier zeigt sich, wie schwer eine Zusammenarbeit der »alten« mit den »neuen« AKW-Gegner_innen ist. Zwar gibt es eine knackige »Gemeinsame politische Erklärung«, aber auf der anderen Seite auch den nicht mehrheitsfähigen Wunsch, auf dem Fest mit der Gewerkschaft der Polizei über Gewalt zu reden.

Die dem Spektrum der so genannten »Bequerel-Initiativen« zuzurechnende »BI – verstrahltes Celler Land?« löst sich nach wenigen Monaten auf. Von Seiten der alten Anti-AKW-Bewegung wird keine neue Bürgerinitiative aufgebaut; die Aktivitäten gegen die WAA Wackersdorf werden vor allem aus dem autonomen Spektrum unterstützt. Kontinuität entfaltet einzig der Initiatorenkreis für die erste große Tschernobyl-Zeitungsanzeige; hieraus erwächst die »Energiewende-Gruppe«, die in den ersten Jahren nach der Katastrophe vor allem im kirchlichen Milieu für den Ausstieg aus der Atomenergie wirbt. Für die »BI Südheide« gehört seit 1986 die Arbeit für die Opfer von Tschernobyl zu ihren kontinuierlichen Aktivitäten, z.B. durch die Organisation von Hilfslieferungen und Ferienaufenthalten von Kindern aus der Umgebung von Tschernobyl.

So lässt sich für Celle eine ähnliche Struktur und Entwicklung aufzeigen wie für das ganze Bundesgebiet. Die »alten« Bewegungsaktivist_innen und die von Tschernobyl aufgeschreckten Menschen, die sich in den »Becquerel-Initiativen« organisierten, fanden keine gemeinsame Basis. Die einen wollten die historische Chance zum sofortigen Ausstieg mit Aktionen nutzen, während die anderen sich um Aufklärung über den Verstrahlungsgrad der Lebensmittel bemühten. Die Hoffnung darauf, dass Tschernobyl zu einem wahlbestimmenden Faktor werden könnte, hatte sich schon bei der Niedersachsenwahl als falsch herausgestellt – und bei der Bundestagswahl im Folgejahr erlebte die CDU/FDP-Regierungsfraktion tatsächlich nur noch geringe Einbußen.

Der Jahrestag der Katastrophe wird auch in Celle immer wieder genutzt zur Erinnerung an dieses Menekel und zur immer wieder neuen Mahnung, dass beim Ausstieg aus der Atomenergie jedes Spiel mit der Zeit ein Spiel auf Leben und Tod ist.





Antje Basedow

Kabarett - „Menschen und ich“

„Mein Name ist Antje Basedow. Ich bin ein fröhlicher Mensch, für den Spaß in einem gewissen Rahmen kein Fremdwort ist. Für einen Scherz hier und da bin ich gern zu haben, ich möchte sagen, ich bin eine Frau zum Pferdestehlen. Meine Ausgelassenheit ist mehr nach innen gerichtet, aber ich kann bei einem Glas Wein auch mal ganz herzlich lachen und Fünfe gerade sein lassen. Mein äußeres Erscheinungsbild ist geprägt von schlichter Zurückhaltung. Meine Lieblingsfarben sind grau und schwarz. Ich kann aber auch durch einen gewagten Farbtupfer überraschen. Manchmal tue ich etwas völlig Unerwartetes. Ich rufe ausgelassen Hurra oder mache fünf Minuten früher Feierabend. [...]

Auch wenn Heiterkeit mein Wesen prägt, habe ich durchaus eine ernste Seite. Bei einem schwedischen Film mit finnischen Untertiteln kann ich richtig abschalten. Auch Flora, Fauna und unsere schöne Tierwelt faszinieren mich: Interessiert kann ich einer Nacktschnecke stundenlang beim Ausschleimen zusehen. Sehr lehrreich. Entspannung bringt mir ein gutes Buch, etwa: "Wie Frauen Verbrechen begehen". Oder andere nützliche Ratgeber, wie: "Peinliche Situationen gelassen meistern." Ich habe aber auch eine verrückte Seite. Recht ausgelassen habe ich schon mal Kaugummipapier auf die Straße geworfen und bin bei Rot über die Ampel gegangen.

[...] Meine Kindheit war geprägt von Heiterkeit und Zuversicht - dass ich irgendwie erwachsen werde. Mein Erwachsenendasein ist geprägt von Zuversicht und Heiterkeit - darüber, dass das auch nichts nützt. Meine Hobbies: Über Selbstmord nachdenken. Lustigsein. Mein Lieblingsland: Antarktis. Lieblingsessen: Rohe Leber. Über die Möglichkeit zu einem persönlichen Kennenlernen freue ich mich.“

Freitag, 15. April 2011, 20 Uhr

Kunst & Bühne, Nordwall 46

Eintritt: 5 EUR

Veranst.: Rosa Luxemburg Club in Koop. mit RLS Nds.



Kai Degenhardt

„Zum Tod der Musikindustrie“

Degenhardt? Ja, er ist der Sohn von Franz-Josef. 1964 geboren, Singer/Songwriter – und musikalisch sozialisiert von Dylan bis Zappa; aber auch geprägt von seinem Vater, mit dem er seit langen Jahren zusammenarbeitet und den er auf dessen Touren begleitet.

Aber: Kai Degenhardt kommt nicht als Musiker nach Celle, sondern als Autor und Journalist. Trotzdem; sein Thema hat etwas mit Musik zu tun:

Musikindustrie – von den Anfängen bis zu ihrem Niedergang „Der Tod steht ihr gut“, ist jedenfalls Kai Degenhardts überspitzte These. In seinem Vortrag will er den gegenwärtigen Zustand der Musikindustrie anhand ihrer Entwicklungsgeschichte von der Schallplatte bis zum iTunes-Store darstellen. Veranschaulichen will er das mit ein paar Musikbeispielen und Bildern. Seine These: Pop, wie er lange prägend war, ist tot. Die Musikbranche steckt nicht nur in einer tiefen Krise, sie erlebt gerade ihren „Showdown im Netz“. Dabei lote Degenhardt die Chancen für eine linke Gegenkultur aus, die noch lange keine Gegenhegemonie etablieren wird. Dennoch: „Es müsste mit dem Teufel zugehen, wenn der übrig gebliebenen Star- und Schlagerparade nicht schon jetzt das ein oder andere Musikstück aus und von den wirklichen, trostlosen, normalo-jugendlichen Lebensverhältnissen entgegengesetzt werden könnte – zwischen Schulhof und McDonald's, Doppelstunde Mathe und Online-Chat, Kinderzimmer und Jugendknast. Eine neue Neue Sachlichkeit in der Gebrauchsmusik. Die Zeit ist reif. Und ganz sicher gibt es die auch schon irgendwo. Ich fände es gut und hätte Lust, im Anschluss ans Referat, mit den Interessierten vor Ort genau darüber zu diskutieren.“

Dienstag, 22. März 2011, 19 Uhr

Café Wichtig, Am Heiligen Kreuz 24

Eintritt frei

Veranst.: Rosa Luxemburg Club in Koop. mit RLS Nds.



Kino 8 ½ im März/April

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



11. und 12. März

ICH SEHE DEN MANN DEINER TRÄUME

Eine Frau, deren Ehemann nach der Nachbarin schießt, verliebt sich ihrerseits in ihren Chef. Derweil wird ihre Mutter vom Vater sitzen gelassen und sucht Lebenshilfe bei einer Wahrsagerin. Einmal mehr lässt Woody Allen seine Figuren bei der Jagd nach Lebens- und Liebesglück an allerlei perfiden Wendungen genüsslich scheitern. Dabei gelingt ihm dank prominenter Darsteller eine unterhaltsame Farce.
USA/Spanien 2010, 98 Minuten

18. und 19. März

DREI

Eine Kulturmoderatorin und ein Kunsttechniker in Berlin sind seit langem ein Paar und führen eine harmonische, aber stagnierende Beziehung. Sie verlieben sich in denselben Mann, ohne dass der jeweils andere von dieser Liebe weiß. Die Affäre liefert neue Impulse, stellt aber auch die Liebe auf eine harte Probe. Tragikomisch erzähltes Dreiecksdrama, das als experimentelles, bis zuletzt offenes Spiel über die "kreativen" Möglichkeiten innerhalb normierter Beziehungsmodelle fasziniert und dank der vorzüglichen Darsteller überzeugt.
Deutschland 2010, 119 Minuten

25. und 26. März

GOOD FOOD BAD FOOD

Engagierter Dokumentarfilm über Projekte und Initiativen aus aller Welt, die sich der ökologischen Landwirtschaft widmen und ein Gegengewicht zur chemisch-industriellen Ernährungsindustrie bieten. Der abwechslungsreiche Schnitt und die Kommentare eloquenter Experten machen aus den Porträts der verschiedenen Initiativen einen unterhaltsam-informativen Einblick in die Materie. Auch wenn die aufgezeigten Lösungsansätze nicht neu sind, schärfen sie doch das Problembewusstsein und machen zudem Mut.
Frankreich 2010, 116 Minuten

01. und 02. April

POLL

Im Sommer 1914 reist ein 14-jähriges Mädchen aus Berlin mit dem Leichnam seiner Mutter auf das Landgut Poll im Baltikum zu seiner aristokratischen Familie. Während der Va-

ter in bizarren anatomischen Studien aufgeht, verliebt es sich in einen verwundeten Anarchisten. Bildgewaltiges Kostümepos, das das bedrängende Endzeitbild einer dem Untergang geweihten Welt entwirft. Zwar kann die Inszenierung die Erzählfäden nur durch eine forcierte Dramaturgie zusammenhalten, die den gewaltsamen Einbruch der Historie braucht, um die Ereignisse in eine Form zu zwingen; gleichwohl erweist sich der Film als rares Schmuckstück in der deutschen Filmlandschaft, das mit seinem Glauben an die verändernde Kraft der Liebe zutiefst bewegt.
Deutschland/Österreich/Es., 139 Minuten

08. und 09. April

DAS LABYRINTH DER WÖRTER

Ein etwa 50-jähriger einfacher Gelegenheitsarbeiter lernt eine 95-jährige Seniorin kennen, die ihm im Park aus Büchern vorliest. Dies wird für den Mann der Anstoß, selbst Romane zu lesen und sich auf seine Art in die elegante Alte zu verlieben, was nicht so recht zu ihm und seinem bisherigen Umfeld passt. Eine liebevoll und behutsam, emotional gleichwohl packend inszenierte Paargeschichte aus der französischen Provinz mit stark märchenhaftem Einschlag.
Frankreich 2010, 89 Minuten

15. und 16. April

LAST NIGHT

Ein Ehepaar trennt sich für eine Nacht. Während der Mann mit einer attraktiven Kollegin geschäftlich nach Philadelphia fliegt und sich ihrer Avancen erwehren muss, trifft seine Frau einen ehemaligen Liebhaber. Bei einem Abendessen mit Freunden erliegt sie dessen Charme. Ein kluges, bestechend inszeniertes Beziehungsdrama über eheliche Treue und Verlockungen. Der Film überzeugt vor allem durch die Verquickung seiner parallel entwickelten Handlungen und Erzählebenen sowie durch glaubwürdige Darsteller.
Frankreich 2010, 93 Minuten

22. und 23. April

FASTEN AUF ITALIENISCH

Ein junger Franzose algerischer Herkunft gibt sich seinem Arbeitgeber und seiner Geliebten in Nizza gegenüber als gebürtiger Italiener aus, um seine maghrebinischen Wurzeln zu verheimlichen. Den Eltern gegenüber verheimlicht er wiederum sein Leben in Nizza und behauptet, in Rom Karriere zu machen. Launige Hochstapler-Komödie mit einem bewährten Hauptdarsteller um die Notwendigkeit, zu den eigenen kulturellen Wurzeln zu stehen.
Frankreich 2010, 102 Minuten

29. und 30. April

ANOTHER YEAR

Ein Jahr im Leben eines in die Jahre gekommenen, gut situierten britischen Paares aus der Mittelschicht, dessen gastfreundliches Haus Anlaufstätte für diverse weniger zufriedene Freunde ist, woraus sich teils komische, teils tragische Verflechtungen ergeben.
Großbritannien 2010, 129 Minuten

Politische Termine in und um Celle

Do., 10. März, 18.00

Klaus Farin

Über die Jugend und andere Krankheiten

Sie hören Gangsta-Rap oder die Böhsen Onkelz, bilden sich mit Killerspielen zu Amokläufern aus, saufen, rauchen, kiffen, sind konsumtrottelig und unengagiert, politisch völlig desinteressiert oder falsch - rechtsextrem - orientiert: Das Bild der Jugend in der öffentlichen Wahrnehmung war noch nie so negativ wie heute, oder doch? Klaus Farin bietet einen Vortrag mit Diskussion über Mythen, Wahrheiten und der Frage warum und wie Jugendkulturen entstehen.

CD Kaserne, Eintritt frei!

Do., 10. März, 19.30

Jüdische Rapper und singende Rabbis

Film von Wendla Nölle

Jüdische Musiker in New York – was sie verbindet ist ihre Suche nach ihrer jüdischen Tradition und die Weiterentwicklung mit neuen Beats und Rapps. - Wendla Nölles Film ist eine Liebeserklärung an New York und ein Essay, in dem sie ihre ganz eigenen Geschichten von der Suche nach den jüdischen Orten dieser Metropole wiedergibt. Die Autorin wird anwesend sein.

Eintritt: 6,00 Euro

Kunst & Bühne, Nordwall 46

Do., 10. März, 19.30

Oskar Ansell stellt seine Arbeit über den Nienhagener Pastor und Schriftsteller Georg Wilhelm Friedrich Beneken vor

Ansell hat den „Prediger zu Nienhagen bey Celle“ im Zuge der Spurensuche literarischer Fundstücke im Landkreis Celle entdeckt und zu seiner Überraschung festgestellt, dass Beneken (1766-1824) aus der Erinnerung des Dorfes und der Region nahezu vollständig ausgelöscht ist. Eine Monographie über das Leben und Werk von Beneken wird im Laufe des Jahres dank der Unterstützung der Gemeinde Nienhagen veröffentlicht werden.

Nienhagen, Laurentiuskirche

So., 13. März, 15.00

Theater zum »Internationalen Frauentag«

Die Bösen Schwestern

»Heute schon mal nachgelacht?«

Veranstalter: DGB Celle
Kunst & Bühne, Eintritt frei

13. März – 15. Mai

Ausstellung; Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma

Die bisher in rund 60 Städten der Bundesrepublik gezeigte Ausstellung des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg zeichnet ausgehend von Einzelschicksalen erstmals die Gesamtgeschichte der Verfolgung der Sinti und Roma in der Zeit des Nationalsozialismus nach: von der stufenweisen Ausgrenzung und Entrechtung im Deutschen Reich bis hin zur systematischen Vernichtung im nationalsozialistisch besetzten Europa.

Ort: Pädagogisches Zentrum der Denkstätte Bergen-Belsen

Di., 15. März, 19.30

„Sie hat sich stets bemüht ...“

In der ver.di-Bildungsreihe »Tatort Arbeitsplatz« werden Arbeitszeugnisse analysiert und an Beispielen deutlich gemacht, worauf Beschäftigte achten sollten.

DAA, Speicherstraße - Eintritt frei

Do., 17. März, 18.00

„Football is Freedom“ ...

... ist eine Dokumentation über Rassismus, Sexismus und Homophobie im deutschen Fussball. - Anschließend findet eine Gesprächsrunde unter anderem mit dem Sicherheitsbeauftragten des DFB, Spahn, einem Lizenzfußballspieler von Hannover 96, Michael Kirschner vom Fanprojekt Darmstadt und einem Fanvertreter der Ultras Darmstadt statt. Die Moderation übernimmt der Sportjournalist des Jahres 2009, Ronny Blaschke.

CD Kaserne, Eintritt frei!

Fr., 25. März, 10.00 – 18.00

Equal Pay Day

Aktionstag für gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit!

10.00 Sternmarsch zum **Großen Plan**
11.30 Kundgebung mit Ursula Engelen-Kefer

14.00 Tagung in der **Exerzierhalle**
14.45 Vortrag von Ulrike Schultz
15.15 Podiumsdiskussion

Veranstalter: Gleichstellungsbeauftragte von Stadt und LK Celle, SoVD und DGB

Di., 27. April, 20.00

Filmveranstaltung zum 25. Jahrestag vom Tschernobyl

Rebellen im Namen der Erde

„Einige Umweltschützer greifen zu radikalen Methoden, um ihre Ziele durchzusetzen: Sie sprengen Biotechniklabore in die Luft, legen Walfangflotten lahm, ketten sich an Bahngleise oder besetzen Bäume. Das macht sie in den Augen des FBI zu Terroristen. Es sieht die Ökokrieger sogar als zweitgrößte Bedrohung nach Al-Quaida. ...“
– Ein Doku-Film von Philippe Borrel.

Veranst.: Forum gegen Atomenergie & Transition Town Initiative
Kino 8 ½, Eintritt frei

Do., 28. April, 19.00

Ausstellungseröffnung:

„Ich warf eine einsame Flaschenpost in das unermessliche Dunkel“ - Eine kritische Erinnerung an Theodor Lessing (1872–1933)

Einführung: Elke-Vera Kotowski, Moses-Mendelssohn-Zentrum Potsdam

Theodor Lessing war bis zu seiner Ermordung durch die Nazis ein Wegbereiter der Erwachsenenbildung. Er stieß aufgrund seiner Gesinnung und seiner jüdischen Herkunft zeitweilig auf Diefamierungen und Verfolgungen.

Synagoge, Im Kreise 24

Kunst & Kultur

Fr., 11. März, 19.00

Session von Swing bis Jazzrock

Special Guest: Britta Rex

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Sa., 12. März, 20.00

Anna Ratsch-Heitman & Anna Piechotta

„Anna Singt“ ist in der Region wohl die bekannteste Sängerin überhaupt. Anna Piechotta spielt ihre eigenen, deutschsprachigen Lieder am Klavier.

CD Kaserne, AK 12,00, VVK 10,90

So., 13. März, 17.00

The Demian Band

CRI (CD-Kaserne), Eintritt frei

Mi., 16. März, 20.00

Willie Logan (Blues Trio)

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 18. März, 20.00

Dirk Schäfer

singt „von Brel bis Piaf“ – mit dem Akkordeonisten Karsten Schnack

Hof Wietfeldt, VVK 20,00

So., 20. März, 17.00

Frank Muschalle Trio (Boogie Woogie)

Hof Wietfeldt, VVK 15,00

Mi., 23. März, 20.00

Vargas Blues Band (Latin-Blues Trio)

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 25. März, 20.00

Open Stage der CRI

CRI-Räume (Hannoversche Str. 30d)

Sa., 26. März, 19.30

Klezmer mit dem Duo Nu

mit Georg Brinkmann & Emuk Kungl

Synagoge, Im Kreise 24, AK 13,00

Sa., 26. März, 20.00

High Five (A-Capella-Grupp)

CD Kaserne, AK 17,00, VVK 13,90

Fr., 01. April, 20.00

Subway To Sally

Mit dem Akustikprogramm „nackt II“

CD Kaserne, AK 32,00, VVK 26,90

Mo., 04. April, 20.00

Rudy Rotta & Band (Blues)

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 8. April, 20.00

Trigonon

Essener Jazz-Trio mit Michel Janssen (Tenorsaxophon), Caspar van Meel (Bass), Hermann Heidenreich (dr)

Kunst & Bühne, AK 10,00

Fr., 8. April, 21.00

Freedom Party

Mix aus Alternative, Classic Rock und Indie

CD Kaserne, AK 5,00

Do., 14. März, 20.00

Tom Principato

Herzog Ernst, Eintritt frei

Do., 14. April, 20.00

Kosho & Friends

Der Gitarrist der „Söhne Mannheims“ präsentiert seine CD „All Sides Love“

CD Kaserne, AK 17,00, VVK 14,90

Fr., 15. April, 20.00

Antje Basedow

Ganz große Kleinkunst aus Hamburg; siehe S. 29 in diesem Heft

Veranst.: Rosa Luxemburg Club

Kunst & Bühne, AK 5,00

Ständige Termine

Arbeitskreis „Eine Welt“

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Mo - Fr: 10-17, Sa: 10 -14 Uhr

AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat, 18.00 Uhr
Urb.-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

sic! - sozial in cello

Erwerbslosenberatung

jeden 1. Do. 14.30 - 17.00 Uhr
Neustadt 23

Attac-Plenum

jeden 1. und 3. Di. im Monat
20.00 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie, Spörckenstr. 63

Forum gegen Atomenergie

jeden 2. Di. im Monat, 20.00
Uhr – Buntes Haus

Regionale Energie & Konsum-Wende (Transition Town)

jeden 1. und 3. Di. im Monat,
18.30 Uhr – Buntes Haus

... im Bunten Haus:

Hannoversche Str. 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Plenum

jeden Do., 19 Uhr

Info-Café:

jeden 1. + 3. Mi. im Mo., 19 Uhr

Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

Kneipe

jeden Mo. 20 Uhr

Infoladen

jeden Mo. 19-21 Uhr